

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post inkl. 15 Pfg. Bestellgeld vierteljährlich
80 Pfg., durch die Expedition unter Kreuzband 90 Pfg.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Zeilher Strasse 32, IV., Volkshaus
Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 30 Pfg. für die gefaltete
Petitzelle oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einfindung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 46.

Sonnabend, den 16. November 1907.

11. Jahrgang.

Dritter Verbandstag 1908.

In der am 2. November in Leipzig stattgefundenen **gemeinschaftlichen Sitzung** des Zentralvorstandes und des Verbandsausschusses wurde beschlossen, den dritten Verbandstag 1908 am 6. April und folgende Tage in **Kassel**, Gewerkschaftshaus, stattfinden zu lassen.

Die provisorische Tagesordnung lautet:

1. Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten.
2. Bericht des Vorstandes.
 - a) Geschäftsbericht.
 - b) Kassenbericht.
 - c) Presse.
3. Streiks und Tarifwesen (Ref.: A. Staubinger).
4. Agitation (Referent: P. Biemig).
5. Organisation (Referent: H. Walter).
6. Statistik (Referent: H. Siebold).
7. Bericht vom Internationalen Kongress (Referent: P. Starke).
8. Allgemeine Wahlen.
9. Anträge, welche durch obige Tagesordnung nicht erledigt sind.

Ueber den Zeitpunkt, zu welchem die Anträge zum Verbandstag gestellt sein müssen, wird demnächst noch Näheres veröffentlicht.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Ueber alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

Gesperert sind: Erfurt: Werkpläze Walter u. Merkel. Jena: Konradus. Dresden: Brückenbau, die Firmen Dyckerhoff und Widmann sowie Holzmann u. Komp. Schmalkalden: Steinbruch Peter. Brotterode: Platz Trogner.

Berlin II. Der Marmorarbeiterstreik mußte wegen flauen Geschäftsganges am 29. Oktober abgebrochen werden. Da nur etliche Kollegen eingestellt wurden, so ist Zugang noch streng fernzuhalten. (Siehe Bericht in dieser Nummer.)

Meißen. Bei Köhler dauert die Aussperrung fort. Die Streikbrecher-Agenten sind insbesondere in Oesterreich-Ungarn unermüdbar tätig. Den Aussperrten gelang es, am 9. Nov. 21 Ungarn, welche bei K. arbeiteten, wieder abzuschleppen, dazugleich konnte weiterer Zugang von Ungarn verhindert werden. Besonders die Orte Kleinzell, Nieder Magerdorf, Bodenbach und Rasdorf wurden von den Köhlerschen Agenten wiederholt besucht, um Steinarbeiter zu gewinnen. Wie uns gemeldet wird, wollen aus Ströbel (Schlesien) etliche dort zugewandte Steinmehren in Meißen Arbeitswilligendienste leisten. Die Ströbeler Steinarbeiter, die sich während ihres neunmöglichen Kampfes im letzten Sommer so musterhaft schlugen, sind über das provokatorische Benehmen der böhmischen Steinarbeiter äußerst empört.

In **Seilan**, Post Balduinstein (Hessen-Nassau), schaffen 80 Ungarn, ein Teil davon sollte nach Meißen abfahren, es konnte dies aber noch verhindert werden.

Wie man sieht, sollen jetzt die „Ausländer“ die Köhlerschen Betriebe füllen und aufrecht erhalten. Doch Köhler wird noch manche Tour von seinen Agenten umsonst machen lassen müssen.

Kollegen, meidet jeden Zugang nach Meißen. Köhler hat damals 250 Steinarbeiter ausgesperrt, mag er jetzt auch die Folgen tragen.

Zweibrücken. Winterheld bezahlt jetzt unter Tarif; die Stundenlöhne wurden um 6—8 Pfg. reduziert.

Königs-Lutter. Die hiesigen Kollegen stehen schon seit Wochen im Streik. Zugang ist streng fernzuhalten.

Königsbrück. Granitarbeiter haben nach hier Zugang fernzuhalten. Die Unternehmer weigerten sich, mit unseren Kollegen einen Tarifvertrag abzuschließen.

Maulbrunn (Württemberg). Bei Burrer wurden 21 Kollegen angeblich wegen Arbeitsmangel entlassen. Meist sind Verbandsmitglieder und Vorstandsperionen von diesem freundschaftlichen Unternehmertum betroffen.

Groß-Hartmannsdorf. Das hiesige Kalkwerk ist gesperrt. Den Kollegen wird die Ausübung des Koalitionsrechtes von der Betriebsleitung unmöglich gemacht. Zugang ist zu unterlassen.

Kesselsdorf. Zahlstelle Radwip. Die Steinmehren haben bei Meißner Neumann wegen Nichterhaltung des Tarifs die Arbeit eingestellt. Festgestellt sei noch, daß Neumann von den Steinmehren „schriftlich“ verlangte, bei den anzufertigenden Architravstücken den Tarif außer Kraft treten zu lassen.

Billige Knochen in den Steinbrüchen.

Auf die Lage der deutschen Steinbrucharbeiter wirft der soeben erschienene Bericht der Steinbruchs-Verufsgenossenschaft für das Jahr 1906 ein grelles Licht.

Der Arbeiterwechsel muß in diesem Industriezweige kolossal sein. Versichert waren im Berichtsjahre 12 745 Betriebe gegen

12 696 im Jahre 1905. An die landwirtschaftlichen Berufs-genossenschaften wurden, zum Schaden der Versicherten, bis jetzt im ganzen 3923 Betriebe überwiesen. Der Bericht meldet, daß die Zahl der Vollarbeiter ganz erheblich, nämlich von 160 848 auf 170 161 gestiegen ist. Eine Zunahme von 9 113 Versicherten. „Effektivarbeiter waren im Jahre 1906: 459 929 (gegen 427 122 im Jahre 1905) also 32 807 mehr versichert“.

Wohl keine andre Berufs-genossenschaft wird diesen großen Arbeiterwechsel aufzuweisen haben, daß die Zahl der Vollarbeiter fast nur den dritten Teil der Effektivarbeiter beträgt.

Interessant ist es auch, daß im Süden Deutschlands die Betriebe viel kleiner sind, als im Norden. Versichert waren im Jahre 1906:

Sektion	Betriebe	Effektiv-arbeiter	Vollarbeiter zu 800 Hr.-beitslagen gerechnet	Auf einen Betrieb ent-fallen Vollarbeiter	Durchschnitts-löhner verbleibt
I. Nürnberg	1 492	36 312	14 058	9,4	642
II. Karlsruhe	1 394	35 227	12 651	9,1	999
III. Mainz	1 422	44 682	15 618	11,0	1027
IV. Köln a. R.	2 118	61 693	22 777	10,8	1105
V. Hagen i. W.	1 605	58 290	21 073	13,1	1075
VI. Halle	1 216	45 275	17 812	14,6	949
VII. Dresden	1 197	34 940	13 587	11,4	957
VIII. Breslau	698	41 146	17 690	25,3	814
IX. Hannover	1 010	48 887	17 928	17,8	996
X. Berlin	593	53 477	16 957	28,6	1029

Zusammen: 12 745 | 459 929 | 170 161 | 18,4 | 987

Der Durchschnittslohn eines Vollarbeiters betrug pro Jahr 987 Mk. gegen 938 Mk. im Jahre 1905. Die Mehrzahl der Steinbrucharbeiter wird aber auf keine 300 Arbeitstage im Jahre kommen und ist deshalb der Verdienst noch unter 987 Mk. pro Jahr, bei schwerer und gefährdeter Tätigkeit! Einen Tagesverdienst von 2,71 Mk. haben noch die Steinbrucharbeiter in Schlesien, 2,81 Mk. in Bayern! Damit soll ein Familienvater in diesen Zeiten der Teuerung auskommen und noch „kräftig essen“, damit die Tuberkulose, das Gebrechen dieses Berufs, „wirksam bekämpft“ werden kann.

Gemeldet wurden im Berichtsjahre insgesamt 10 848 Unfälle gegen 10 186 im Jahre 1905. Gegen 1885 hat sich die Zahl der Versicherten verdoppelt, ist von 82 525 auf 170 161 Vollarbeiter gestiegen. Die Zahl der gemeldeten Unfälle ist jedoch von 2871 auf 10 848 gestiegen, also fast viermal mehr. Mutige Ziffern gibt uns der Bericht in einer Tabelle über die seit dem Jahre 1885 gemeldeten Unfälle! Es wurden seit Bestehen der Berufs-genossenschaft, also in zwei Jahrzehnten, insgesamt 131 282 Verletzte gezählt, davon wurden 33 519 entschädigt.

Während im Jahre 1885 auf 1000 Versicherte nur 34,6 Verletzte durchschnittlich entfielen, zählte man im Jahre 1906 bereits 63,8 Verletzte. Der Unfallschub wird immer „wirksamer“: seit 1885 wurden insgesamt 4877 Steinbrucharbeiter getötet = 14,6 Prozent der entschädigten Fälle. Die Folgen der im Jahre 1906 entschädigten Unfälle waren: in 259 Fällen Tod, in 35 Fällen völlige, in 985 Fällen teilweise und in 1270 Fällen vorübergehende Erwerbsunfähigkeit!

Kollegen, diese Ziffern zeigen, wie notwendig ein verstärkter Arbeiterschutz für die Steinindustrie ist. Sollen sich diese ungeheueren Unglücksfälle alljährlich wiederholen? Wir meinen, die Steinarbeiter müssen alles daran setzen, um ihre Knochen etwas höher einschätzen zu lernen.

Unser Verband kann die Unfallziffern gewaltig herabdrücken durch Erämpfung einer bedeutend kürzeren Arbeitszeit, als der jetzt üblichen.

Der Bericht bemerkt: „Die meisten entschädigten Unfälle, nämlich 504, sind wiederum durch Zusammenbruch, Einsturz von Stein- und Erdmassen, Herabfallen von Steinen usw. verursacht worden.“ „Eine auffallende Häufigkeit zeigen im Berichtsjahre die Unfälle bei Fahrstühlen, Aufzügen, Kranen, Sebevorrichtungen, nämlich 122 gegen 84 im Jahre 1905.“ Nur die Unfälle „bei der Schieferarbeit“ sind von 101 auf 76 zurückgegangen. Der Bericht führt die „stetige Zunahme der Unfälle“ — auf „die immer mehr gesteigerte Tätigkeit der Industrie“ zurück. Und trotzdem nur ein Durchschnittslohn von 3,29 Mk. pro Tag!

Die Fürsorge für Verletzte innerhalb der ersten 13 Wochen wurde in 486 Fällen von der Berufs-genossenschaft übernommen, „davon wurden 80 vor und 112 mal nach Ablauf der 13. Woche als geheilt entlassen“. „Ärztliche Untersuchung und ambulante Behandlung auf Kosten der Berufs-genossenschaft wurde 1480 Verletzten zuteil. In 1087 Fällen wurde völlige Wiederherstellung vor Ablauf der 13. Woche erzielt.“ Die Vertrauens-ärzte machen ja die reinsten „Wunderkuren“.

Auffällig wenig wird über die Tätigkeit der technischen Hilfsbeamten der Berufs-genossenschaft berichtet. Keine Statistik über die Zahl der revidierten Betriebe, die Zahl der vorgefundenen Mängel.

Sogar die Unfallstatistik wird wesentlich eingeschränkt. Warum? Sind die Ziffern zu schrecklich, zu beschämend für die

„Unfallshühlinge“. Es heißt im Bericht: „Bezüglich der Maßregeln zur Verminderung der Unfälle bei Feld- und Industriebahnen wurde die Aufstellung einer besonderen Statistik wegen der entgegenstehenden großen Schwierigkeiten und der großen Kosten nicht für empfehlenswert erachtet. Eine Fortsetzung der zunächst für das Jahr 1905 aufgestellten Spezialstatistik betr. die Unfälle bei der Schieferarbeit und die Augenverletzungen ist vom Genossenschaftsvorstande nicht für erforderlich gehalten worden.“

Dagegen wurde der Alkoholmißbrauch „wirksam bekämpft“. Ein Plakat „Alkohol und Nährwert“ wurde auf Veranlassung des Kommerzienrats Weinmann hergestellt. Gut! Ebenso empfehlenswert wäre es, wenn der Herr Kommerzienrat ein Plakat herausgeben würde mit dem Titel: „Was kann sich ein Steinbrucharbeiter mit 3,29 Mk. Durchschnittslohn pro Tag kaufen“, wie viel davon kann er für seine Ernährung ausgeben? Das wäre doch auch ein gutes Merkblatt.

Von den Berufungen der Verletzten wurden von den Schiedsgerichten 1358 zugunsten der Berufs-genossenschaft und nur 375 zugunsten der Verletzten entschieden! Der Bericht frohlockt, daß das „günstige Ergebnis der Sektion V (Hagen) mit 85,6 Prozent Erfolge zu verzeichnen hatte! Den geringsten Erfolg hatte die Sektion VII (Dresden) mit 62,3 Prozent.“

Die Berufs-genossenschaft hatte in ihren eignen Refurisen noch 33 Siege und nur 22 Niederlagen zu verzeichnen, während die armen Steinbrucharbeiter 256 Refurise verloren haben und nur in 42 Fällen siegten! Der Vorstand der Berufs-genossenschaft hatte also „gut gearbeitet“ und erhielt laut Bericht für Tagelöhner usw. insgesamt 13 175,30 Mk. Entschädigung gezahlt.

Die Lebenshaltung der deutschen Arbeiter in amtlicher Beleuchtung.

Wir leben in der Zeit der Lebensmitteleruerung, so schallt es uns aus jeder Arbeiterversammlung entgegen. Minister und Geheimräte streichen wegen der eingetretenen Teuerung schöne Zulagen ein, die übrigen höheren Beamten erhalten ebenfalls dementsprechende Bezüge. Bei dem kleinen Beamtenstand schaut es in dieser Hinsicht schon trauriger aus, aber immerhin wurden in diesem oder jenem Bundesstaat auch hierfür schon Teuerungszulagen in die Stats eingesezt. Der Lohnarbeiter muß sich selbstredend jede Lohnzulage sehr schwer erkämpfen. Wie ungenügend die Löhne in der Steinindustrie sind, geht aus dem Leitartikel der heutigen Nummer ja sehr beweiskräftig hervor.

Wir fragen, was nützt aber die ganze Sozialpolitik, wenn man dem Arbeiter durch Rölle und indirekte Steuern jodelt Markt abnimmt, als die Sozialpolitik ihm Pfennige zuwendet, wenn jeder Lohnkampf, den er zum Ausgleich der Preiserhöhungen unternimmt, durch staatliche Eingriffe erschwert wird und am Ende doch nicht verhindern kann, daß die Steigerung der Preise für die unumgänglichen Lebensmittel alle Lohnerböhrungen immer wieder überholt? Dafür seien keine „Sekreden“, keine „Agitationschriften“, sondern einige kurze Auszüge aus den Berichten der königlichen Fabrikinspektoren angeführt. Wir zitieren also amtliches Material.

Fabrikinspektion Liegnitz.

Die Arbeiter sind an die Arbeitgeber mit Forderungen herangetreten, denen die Berechtigung nicht abgesprochen werden soll, da infolge der gesteigerten Lebensmittelpreise, ganz besonders aber der dauernd sehr hoch gehaltenen Kohlenpreise, die Ausgaben für die Lebenshaltung höhere Löhne erforderlich machten.

Fabrikinspektion Opyeln.

Das Bestreben der großen Werke, durch Abgabe von Fleisch, Speck, Kartoffeln und Kraut zu Großhandelspreisen die Verteuerung der Lebensmittel für den Arbeiterhaushalt möglichst wenig fühlbar zu machen, hielt auch im Berichtsjahre an.

Fabrikinspektion Potsdam.

Die Löhne der Arbeiter haben im Berichtsjahre in den meisten Industriezweigen eine nicht unerhebliche Steigerung erfahren, die jedoch nicht überall genügt haben wird, die Mehrausgaben infolge der steigenden Preise für Wohnungen und Lebensbedürfnisse auszugleichen.

Fabrikinspektion Pommern.

Die wirtschaftliche Lage der Arbeiterbevölkerung war infolge der in den letzten Jahren in fast allen Industriezweigen eingetretenen Lohnerböhrungen günstig, wenngleich diese durch die hohen Lebensmittelpreise wieder ausgeglichen wurden.

Fabrikinspektion Königsberg.

Die Lebensmittelpreise sind überall gestiegen und ebenso ist eine Steigerung der Wohnungsmieten fast durchweg eingetreten. Fast allgemein sind höhere Arbeitslöhne als in früheren Jahren gezahlt worden. Vielfach haben die Arbeitgeber, der teuren Lebenshaltung der Arbeiter Rechnung tragend, Lohnzulagen von zehn Prozent und darüber gewährt.

Fabrikinspektion Merseburg.

Die anhaltende Teuerung der Nahrungsmittel und aller andern Lebensbedürfnisse haben in vielen Industriezweigen Lohnerböhrungen zur Folge gehabt, die oft bis zu zehn Prozent gegangen sind.

Fabrikinspektion Erfurt.

Die Löhne der Arbeiter haben infolge des guten Geschäftsganges eine reichliche Steigerung erfahren. Die Lebensmittel-

preise verharren jedoch fast das ganze Jahr hindurch auf einer beträchtlichen Höhe, so daß die Lebenshaltung gegenüber dem Vorjahre keine wesentliche Steigerung aufweisen konnte.

Fabrikinspektion Hannover.

Die Lohnerhöhungen haben infolge der zunehmenden Verteuerung der gesamten Lebenshaltung, insbesondere der Wohnungsmieten und Lebensmittel, eine nachhaltige Besserung der Lage der Arbeiterschaft nicht herbeizuführen vermocht.

Fabrikinspektion Lüneburg.

In beträchtlichem Umfange ist eine Erhöhung des Tageslohnes besonders bei den niedrig bezahlten Arbeitern eingetreten, namentlich an solchen Orten, in deren Nachbarschaft Bohrtätigkeit nach Kali und Öl rege war. Eine Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter dürfte jedoch im allgemeinen nicht eingetreten sein, da die Erhöhung des Verdienstes durch die Verteuerung der Nahrungsmittel größtenteils ausgeglichen sein wird.

Fabrikinspektion Münster.

Der Verdienst der Arbeiter war der günstigen Lage entsprechend, er wurde aber meist durch die erhöhten Kosten für die Lebenshaltung weit gemacht.

Fabrikinspektion Minden.

Die schon im Vorjahre einsetzende Steigerung der Löhne hat in fast allen wichtigen Industriezweigen weitere Fortschritte gemacht. Daß dabei die allgemeine wirtschaftliche Lage der Arbeiterbevölkerung eine nennenswerte Verbesserung erfahren hat, ist gegenüber der anhaltenden Preissteigerung fast aller Lebensbedürfnisse nicht wahrscheinlich.

Fabrikinspektion Düsseldorf.

Zu bedauern bleibt, daß die Teuerung fast sämtlicher Lebensmittel die Arbeiterschaft nicht zum vollen Genuß der erzielten Lohnsteigerungen hat kommen lassen. In Anerkennung dieses Teuerungszustandes haben viele Gemeinden ihren minderbezahlten Beamten und Arbeitern eine besondere Zulage, meistens in der Höhe eines Monatsgehältes, zugebilligt.

Fabrikinspektion Oberbayern.

Leider ist aber damit (mit der Lohnaufbesserung) bei der Arbeiterbevölkerung eine Besserung der Ernährungsverhältnisse nicht verbunden gewesen, da fast bei allen Konsumartikeln, namentlich aber dem Fleisch, eine abermalige Preiserhöhung eingetreten ist.

Fabrikinspektion Oberpfalz.

Die Lebenshaltung der Arbeiter hat trotz vielfachen Lohn-erhöhungen, infolge der teureren Lebensmittel, eine Besserung nicht erfahren.

Fabrikinspektion Oberfranken.

Ungeachtet dieser günstigen Entwicklung (der Industrie) bleibt es fraglich, ob sich die wirtschaftliche Lage der Arbeiterbevölkerung bemerkenswert gehoben hat. Zwar wiesen die Arbeitslöhne eine steigende Tendenz auf, und einem erheblichen Teil der Arbeiterschaft sind Verdienststeigerungen von zehn Prozent und mehr zugute gekommen; allein diese Einkommenssteigerungen werden zweifellos durch die allgemein erhöhten Kosten der Lebenshaltung infolge vielfältiger Preissteigerungen, durch verringerte Kaufkraft des Geldes wieder aufgewogen.

Fabrikinspektion Augsburg.

Das Mißverhältnis zwischen Einkommen und den enorm hohen Preisen für alle Lebensmittel und allernotwendigsten Gebrauchsgegenstände wurde im Berichtsjahre noch drückender empfunden als im Vorjahre. Die Preise für Pferdefleisch und Pferdefleischwaren sind wegen Mangels an Schlachtieren gestiegen. In den beiden Freibänken herrschte fast ständig Mangel an Fleisch und mußten daher öfters geschlossen bleiben.

Fabrikinspektion Sachsen.

Die Löhne haben in einer Anzahl Betriebe eine Erhöhung erfahren, die aber mit der Preissteigerung der notwendigen Lebensmittel, insbesondere des Fleisches, nicht gleichen Schritt gehalten hat, so daß die wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft sich gegen das Vorjahr nicht verbessert haben dürfte.

Für Lebensmittel hat der Arbeiter mehr als in früheren Jahren anlegen müssen. Fleisch, Butter, Fett, Weizenmehl, Roggenbrot, Eier, Linsen, Kartoffeln und Milch sind teurer geworden, während Nebensächliches, wie Reis, Kaffee, Zucker, etwas zurückgegangen sind. — Die Mieten für Arbeiterwohnungen sind im Berichtsjahre eher gestiegen als heruntergegangen. In einzelnen Orten wurde für eine aus zwei Stuben bestehende Wohnung jährlich eine um 20 Mark höhere Miete bezahlt als in früheren Jahren.

Eine Aufbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiterbevölkerung dürfte nicht eingetreten sein, da im Berichtsjahre wiederum die Preise der Lebensmittel gestiegen sind.

Fabrikinspektion Württemberg.

Da für Nahrung, Wohnung und Kleidung ein um einige Prozent höherer Aufwand als im Vorjahr wird angenommen werden dürfen, so wird wenigstens für Arbeiter mit diesen Mehraufwand übersteigenden Lohnaufbesserungen auf eine Hebung der Lebenshaltung geschlossen werden dürfen, trotz der hohen Fleischpreise, welche zahlreiche Bevölkerungsklassen mit geringerem Einkommen zur Einschränkung des Fleischkonsums nötigten.

Fabrikinspektion Hamburg.

Diesem Vorteil (der Lohnerhöhung) steht jedoch auf der andern Seite eine erhebliche Steigerung der Preise für Fleisch und andre Lebensmittel gegenüber. Auch die Wohnungsverhältnisse wurden für einen Teil der Arbeiter ungünstiger, da im Abbruchviertel ein großer Teil der Wohnungen geräumt werden mußte und die betreffenden Bewohner nur schwer für den alten Mietpreis in derselben Gegend eine Wohnung erhalten konnten.

Fabrikinspektion Lübeck.

Wenn trotzdem (Lohnsteigerungen) eine wesentliche Besserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterschaft nicht zu verzeichnen ist, so hat dies seinen Grund in der erheblichen Steigerung der Preise der Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände, wodurch der Mehrerwerb zum größten Teil wieder aufgehoben wurde.

Die anderen Fabrikinspektoren gehen auf die Frage der Lebensmittelteuerung in gleichem Sinne oder überhaupt gar nicht ein. So viel ist aus den abgedruckten amtlichen Feststellungen aber zu ersehen, daß die Lage der breiten Massen keine erhebliche Verbesserung erfahren hat. Die Erhöhung der Löhne ist draufgegangen für die verteuerten Lebensmittelpreise. Die hohe Anknüpfung der Industrie hat dem Arbeiter lediglich Gelegenheit geboten, seine Arbeitskraft intensiver anzustrengen — zugunsten des Kapitals. Eine Befreiung von diesem Druck ist nur möglich, wenn die aufgeklärte Arbeiterschaft durch gewerkschaftliche Organisationen für Erhöhung der Löhne, aber auch durch politische Organisation für die Abwehr der reaktionären Attentate der Agrarier auf die Lebenshaltung des Volkes sorgt.

Die Kritiker.

In seiner Geschichte der redlichen Pioniere von Rochdale sagt Goldhake von ihnen, daß jedes Spiel ihrer Gesichtspunkte einen „Antrag in Aussicht stellt“ und ihre

gerunzelten Augenbrauen „ein ganz neues Prinzip“ verkünden. Derselbe Autor fährt dann fort:

„Man möchte sie eine Art gesellschaftlicher Stachel- schweine nennen, deren Stachel sich ewig sträuben. Ihr Blick ist verquer, sie sehen alle Dinge verkehrt an, sie stecken alle Dinge gleichsam ins Wasser, wo dann auch das Grabeste trumm erscheint. Sie wissen, daß man jedes Wort verschieden deuten kann, und sie lassen eure Worte gerade immer so auf, wie sie nicht gemeint sind. Sie wissen, daß man jedes Wort verschieden deuten kann, und sie lassen eure Worte gerade immer so auf, wie sie nicht gemeint sind. Sie wissen, daß kein Plan, kein Entwurf so vollkommen sein kann, daß er alles berücksichtigt, und sie klammern sich stets an das, was darin vergessen ist, tun immer so, als ob sie wüßten, was er beabsichtigt. Sie treten einem Verein bei, scheinbar, um mitzuarbeiten an dem gemeinsamen Werke; in der Tat aber nur, um zu kritisieren, ohne zu versuchen, es besser zu machen, worüber sie sich aufhalten. Sie benutzen nicht die Vorzüge des Vereins, um diesen zu verteidigen, sondern erpähnen alle Schwächen, um sie dem gemeinsamen Feind zu verraten. Jeden Genossen lassen sie ihre fortwährende Unzufriedenheit fühlen, bis ihre Gegenwart zu einer wahren Strafe wird, und ihr das Gefühl hat, als ob ihr Frieden und gegenseitige Achtung nicht bei euren Freunden, sondern bei euren Gegnern zu suchen hätten. Einem jeden prophezeien sie so lange, daß die Sache schief gehen wird, bis sie selbst richtig jeden Erfolg vereitelt haben. Sie sind gleichsam die Spritzenmänner eurer Gesellschaft, die überall ihre Feuerspritze mit sich führen und unter dem Vorwande, daß eure Sache in fortwährender Gefahr ist, euch von früh bis spät beplättern und bespritzen, bis jedes Mitglied einer überlaufenden Wassertraufe gleicht. Anstatt den Blinden zu führen, dem Lahmen als Stütze zu dienen, dem Kranken zur Genesung zu verhelfen, dem Zurück- famen Mut und dem Verzweifelten Vertrauen einzu- flößen, vergeuden sie ihre Zeit, indem sie die Zaghaften zwickeln, den Gichtlichen auf die Zehen treten, die Lahmen von der Treppe stoßen, die in der Finsternis Befindlichen verlassen, den Zurückfahnen greuliche Geschichten erzählen und den Verzweifelten versichern, daß nun alles zu Ende sei.“

Am unheimlichsten wird die Lage, wenn der Kriti- kaster in einer Gewerkschaft oder in einer Organisation überhaupt seine Tätigkeit begonnen hat. Der Kritiker setzt eben nicht bloß dort mit seinem Besservissen ein, wo das Können und die Tatkraft anderer versagt, denn jene Aufgabe ist es keineswegs, Wunden bloßzulegen, Uebel- stände aufzuzeigen und durch sachliche Reformvorschläge die Wege zu einem Besserverden zu ebnet; er ist vielmehr Kritiker aus Prinzip, Bessermacher und Besservisser auf Grund eines eingeschworenen Programms. Gelegenheit, mit möglichst viel Geräusch festzustellen, daß irgend etwas schlecht gemacht wurde, oder doch bedeutend hätte besser sein können, findet die Kritiker immer. Ein Beschluß einer Versammlung, der nicht in seinem Sinne gefaßt wurde, eine Maßnahme der Vereinsleitung oder gar eine mißglückte Aktion, alles das bietet ihm willkommenen An- laß, sich in Positur zu werfen und zu verkünden, daß das alles anders hätte ausfallen müssen, wenn es von seinem Entschlusse allein abhängig gewesen wäre. Nie sind sie befriedigt, sie steigen sozusagen jeden Morgen mit dem linken Fuß zuerst aus dem Bett.

Hoffentlich gibt es in unseren Organisationen recht wenig Mitglieder, auf die diese Kritiker zutreffen. Und wenn es solche geben sollte, dann bessern sie sich nach dem Studium dieser Betrachtungen hoffentlich.

Bekanntmachungen des Zentral- vorstandes.

Am 15. Oktober verstanden wir an jede Zahlstelle einen Fragebogen, betreffend Lohn- und Tarifverhältnisse. Etwa 50 Zahlstellen sandten überhaupt den Bogen nicht ein. Wir mußten deshalb die Formulare an diese 50 Orte nochmals verschicken. Hoffentlich kommt man jetzt unsern Wünschen schleunigt nach. Nachstehende Orte haben zwar den Fragebogen retourniert, aber den abgeschlossenen Tarifvertrag nicht be- gelegt:

- | | |
|-----------------------------|---------------------------------|
| 1. Die Tarife fehlen: | |
| 2. Gau Deutmannsdorf | stein (Abschrift senden), |
| 3. " Zwidau | Reustadt (Harth), Ober- |
| 4. " Gera, Löbejün | stein=Jdar, Offenbach |
| 5. " Crawinkel, Seeburgen | (Main), Reinheim |
| 6. " Altenhagen | 9. Gau Seebach |
| 7. " Hemsbach, Kirchhausen, | 12. " Hof, Marktzeuthen, Rebau. |
| 8. " Kaiserslautern, Neuen- | |

Ebenfalls fehlt uns ferner der für die Zahlstellen Bernsdorf, Münchberg, Schwarzenbach, Selb und Seuffen so schwer erkämpfte Bezirksstarif.

Wir ersuchen dringendst, daß die gewünschten Tarife sofort nach hier abgeschickt werden. Wenn etwa 280 Zahlstellen die vorgelegten Fragen beantworteten, so kann das für die übrigen auch nicht besonders schwer fallen.

Gautonferenzen betreffend. Der Zentralvor- stand hat beschlossen, die diesjährigen Gautonferenzen durch einen Vertreter zu beschicken. Die Gauleiter sind verpflichtet, den Tagungsstermin der Konferenzen vier Wochen vorher dem Zentralvorstand mitzuteilen. Auch die Tagesordnung ist mit anzugeben.

Zweite bayrische Bauarbeiterschütz- Konferenz.

Sonntag, den 10. November, tagte in München die zweite Bauarbeiterschützkonferenz. Aus allen Teilen Bayerns waren Vertreter der Bauarbeiter herbeigeeilt, um über die Abhilfe in bezug auf die Verhütung von Unglücksfällen und die einzelnen Berufskrankheiten zu beraten. Die Vorarbeiten zur Konferenz waren schon am Sonnabend erledigt, so daß der Sonntag den Beratungen gewidmet war. Den wahren Wert der Konferenz bezeugte der Vorsitzende, Kollege Gauleiter Linz, indem er ausführte, es sei doch ein sehr schöner Zweck, zusammenzukommen, um über die Verhütung von Unglücksfällen zu beraten. Auch sei erdrückendes Material im Laufe der Jahre gesammelt worden, um der Regierung über die unhaltbaren Zustände die Augen zu öffnen. Freiwillig gäbe die Regierung nichts, mithin sei man gezwungen, in der Öffentlichkeit schärfste Kritik zu üben. Auch sei weiterer Ausbau der Arbeiterschützgesetze höchst notwendig.

Als erster Referent sprach Genosse Merkel (Maurer) über Bauarbeiterschütz. Der Referent spricht zunächst über die Entwicklung im Baugewerbe. Schon im Altertum seien riesen-

hafte Bauten aufgeführt worden, in Aegypten, Griechenland und im alten Rom. Vom Bau des Straßburger Münsters seien Aufzeichnungen vorhanden, daß zur Hochförderung des Baumaterials eine über 1 Kilometer lange Laufbrücke vorhanden gewesen sei. Erst in neuerer Zeit seien Statistiken über Aus- führung der Bauten und vornehmend Unglücksfälle aufgenom- men worden, die ein grelles Streiflicht auf den Bauarbeiterschutz werfen. Auch schildert der Redner die Entwicklung des eiserne- n Brückenbaues im 18. Jahrhundert. Früher seien die Gerüst- baue viel solider ausgeführt worden, erst mit Eintritt der Kapita- listischen Produktionsweise seien sie verschlechtert worden, so daß die Bauunfälle von Jahr zu Jahr größere Dimensionen an- nahmen. Ein Gesetz sollte diese Zustände beseitigen, was aber nicht zutraf. Erst seit 1886 sind die Verufe dem Bau- arbeiterversicherungsgesetz unterstellt.

Die Zusammenkunft solle über das Leben und die Gesund- heit der Bauarbeiter beraten, und das könne nur geschehen durch Einführung eines reichsgesetzlichen Bauarbeiterschutzes. Daß die Arbeiter in diesem seien, die technische Ausführung des Ge- rüstbaues zu beurteilen, sei hundertfach bewiesen worden. In Bayern hat man den Bauarbeiterschutz den Gemeinden über- tragen. Zwei Gemeinden sind dem in Bayern nachgekommen, die andern haben nach den jeweiligen Verhältnissen gehandelt. Betont sei, daß Bayern von allen Bauberufsgenossenschaften die größte Unfallziffer aufzuweisen habe, mehr als im Tiefbau. Redner geht dann eingehend auf die Vermehrung der Unglücks- fälle ein an der Hand statistischen Materials. Erst nachdem Bauten eingestürzt seien und dadurch das Leben der Passanten gefährdet wurde, sei man zur Baukontrolle geschritten. Von großer Bedeutung ist weiter, daß die Unfallziffern bei Staats- und Kommunalbauten die gleichen seien und Bayern demnach nicht als Muster im Bauarbeiterschutz angesehen werden könne. An der Hand einiger Beispiele zeigt Redner die Art der Un- glücksfälle. Ein weiterer Mißstand ist, daß die Kontrolle nicht auf die Werkstätten ausgedehnt ist, wo doch seit Einführung der Arbeitsmaschinen eine große Zahl Verletzte vorhanden sind, mithin müssen auch derartige Betriebe kontrolliert werden. In diesen Fällen reichen auch die Fabrikinspektoren nicht aus, was Fabrikabwahr anerkannt hat. In München sind 1905 für Bau- kontrolle 20 000, 1906 aber 48 000 Mk. ausgegeben worden, was aber den Berufsgenossenschaften zugute käme, da dieselben der Kosten für Kontrolleure entzogen würden. In bezug auf sani- täre Verhältnisse würde viel gefordert werden, wodurch die Berufs- krankheiten gefördert werden. Verlangt müsse von der Regie- rung werden, daß die Frauenarbeit auf den Bauten ganz ver- boten und die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter eingeschränkt wird. Durch die Anführung einiger Submissionsblüten beweist der Referent, daß durch derartige Abmachungen die Unglücksfälle vermehrt werden. Die technischen Aufsichtsbeamten der Berufs- genossenschaften sind nicht von Vorteil, da dieselben zu sehr vom Unternehmer abhängig sind. Weiter muß von der Regierung verlangt werden, daß nur solche Unternehmer Arbeiten erhalten, die die Arbeiterforderungen bewilligen. Den Betonbauten muß eine größere Aufmerksamkeit gewidmet werden, da auch bei diesem System die Verhältnisse keine besseren sind. Die Forde- rung des Bauarbeiterschutzes muß im ganzen Lande propagiert werden, damit endlich einmal etwas geschehen wird.

Vom Malerverbände schilderte Genosse Sperlinkh die Zustände im Malergewerbe. Der Staat und die Gesellschaft haben die Pflicht, den Arbeiter gesund zu erhalten, damit er nicht gezwungen wird, Almosen zu erlangen. Für Militä- rneuerungen, die zur Vernichtung von Menschenleben dienen, werden Millionen bewilligt, für die Erhaltung von Arbeiter- leben nichts. (Raummangels wegen mußten wir die weiteren diesbezüglichen Ausführungen leider streichen. D. R.)

Den Steinarbeiterberuf in seiner ganzen Wahrheit kenn- zeichnete Kollege Linz in meier Würzburg. Die Schutzbo- schriften zur Erhaltung der Gesundheit seien ein denkbareer Ver- griff. Das Durchschnittsalter der Steinarbeiter beträgt bloß 37 Jahre. Die Zahl der Unglücksfälle bei Gewinnung des Ma- terials folgt gleich der bei den Bergarbeitern. Der Kongreß der Steinarbeiter in Hof stellte das statistische Material für den Bundesrat zusammen. Bei Durchberatung untrer Denkschrift im Bundesrat hat ein Herr gesagt: „Hier müsse Abhilfe ge- schaffen werden, gälte es doch Menschenleben zu retten.“ Doch sind Jahre ins Land gegangen und geschehen ist nicht viel. Die Hilfsstellen nehmen Steinarbeiter nicht mehr auf, da dieselben zu oft von der Berufskrankheit heimgegriffen werden. In keinem Verufe ist wohl das Unfallversicherungsstatut so ausgedehnt, als bei den Steinarbeitern, wodurch die Lage um so mehr verschlech- tert wird. Eine Kontrolle der Betriebe sei nicht leicht durch- führbar, da die Unternehmer derselben durch Auseinanderlegung der Betriebe dem aus dem Wege gehen. Zustände, die unhaltbar sind, bestehen im Mantal. Die Steinarbeiter müssen zur Anfeuchtung des Materials feuchtes Moos verwenden, da Wasser nicht einmal zum Trinken vorhanden ist. Redner bedauert, daß die Abmessung der Körperkräfte bei jugendlichen Arbeitern dem Unternehmer überlassen ist. Die Zustände auf den Bauten in Nürnberg sowie in den Brücken um Bamberg seien ein Hohn auf die Bundesratsverordnung. Durch Bekanntgabe einer Ab- rechnung einer Betriebskrankenkasse sei erwiesen, daß auch die Granitarbeiter denselben Schäden unterliegen, für die über die Verordnung keine Gültigkeit hat. Die Frauen- arbeit muß gänzlich im Steinhauerbetriebe verboten wer- den, auch muß dahin gewirkt werden, daß in den Gefängnissen die Bundesratsverordnung Anwendung findet für die Inhaft- lichen, die Steinmetzarbeit machen müssen. Alljährlich sind die Betriebe mehrmals zu kontrollieren, das Ergebnis ist zu publi- zieren. Die Unternehmer, die sich Verstöße gegen die Arbeiter- schützbestimmungen zuschulden kommen lassen, sind streng zu bestrafen. (Lebhafte Beifall.)

Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

„Die in München tagende zweite bayrische Bauarbeiter- schützkonferenz nimmt mit Entrüstung davon Kenntnis, daß die zum Schutze der Steinarbeiter erlassene Bundesratsverordnung von den Steinindustriellen Bayerns in der schamlosesten Weise umgangen wird und sogar aus naheliegenden Gründen von den- selben der Versuch gemacht wurde, dieselbe in den einzelnen Punkten so abzuändern, daß nicht nur jede Kontrolle erfolglos, sondern der Verordnung der Kern der Sache genommen wor- den wäre.“

Aus den Gewerbeinspektionsberichten von ganz Bayern geht des ferneren hervor, daß die Unternehmer kein Mittel unversucht lassen, die Durchführung genannter Verordnung illusorisch zu machen. Begünstigt werden sie hierdurch, indem weder die Gewerbeinspektion, noch die zuständigen unteren Verwaltungs- behörden eine genügende scharfe Kontrolle der Steinbruchbetriebe und Steinmetzwerkplätze vornehmen, ja sogar durch vollkommen irrige, längst aufgelöste Auffassungen der einzelnen Paragra- phen zur Nichtachtung noch Vorbehalt leisten.

Die heutige Konferenz protestiert ferner gegen die brutale Handlungsweise einzelner Unternehmer, welche sich nicht scheuen, Arbeiter zu entlassen, die für die Durchführung der Ver- ordnung eintraten oder grobe Verfehlungen zur Anzeige brachten.

Um in Zukunft den Kampf für eine schärfere Innehaltung der einzelnen Bestimmungen genannter Verordnung führen zu können, verspricht die heutige Konferenz, alles zu tun, was in ihren Kräften steht. Des ferneren erkennt sie die aufgestellten erweiterten Forderungen in ihrem vollen Umfange an und be- trachtet als die würdigste derselben: „die Einführung von Berg- inspektoren aus dem Stande der Arbeiter durch den bayrischen

Staat, welche mit Strafgewalt auf die strenge Durchführung der gesetzlichen und bundesrätlichen Bestimmungen zu achten haben."

Neben dieser der Würdigen erkennt die heutige Konferenz als die dringendste aller Forderungen an: "die für die Sandsteinarbeiter geltenden Grundbestimmungen auf die Beschäftigten der ganzen Steinindustrie auszudehnen."

Um diese Ziele zu erreichen, verspricht ferner die Konferenz die Unterstützung der beruflichen Verbände und die nötigen Schritte beim Bundesrat zu unternehmen."

Vertreten waren 148 Delegierte aus Bayern, einer aus Salzburg, zwei Landtagsabgeordnete und Heintze-Hamburg. Die Diskussion zeigte recht drahtig die Zustände in den einzelnen Orten und Gewerben. Das Material verarbeitet eine Kommission, die dasselbe dem bayerischen Landtag übergeben wird. Von einer Unterschriftenammlung zu einer Petition wird abgesehen. Hoffen wir, daß die Mühe der Delegierten nicht umsonst gewesen ist und daß endlich einmal die Verhandlungen der bürgerlichen Parteien eingelöst werden, die Regierung auf mehr Arbeiterschutz als bisher festzulegen.

A. B.

Korrespondenzen

Bad Nibling. Im hiesigen Marmorwerke sind Differenzen zwischen Direktion und Arbeiterschaft an der Tagesordnung. Herr Direktor Benninger scheint nicht den rechten Takt zu besitzen, mit Leuten umzugehen. Wir wollen die Differenzpunkte chronologisch darstellen. Im April d. J. wurde die Zahlstelle gegründet. Die Arbeiter sahen alsbald ein, daß mit den bestehenden Stundenlöhnen nicht auszukommen war. Wir stellten Lohnforderungen und es gab eine Zulage von 1—2 Pfg. pro Stunde. Am 1. Juli sollte es eine weitere Zulage geben. Mit Eintritt dieses Datums wurden jedoch sämtliche organisierten Kollegen kurzerhand ausgesperrt. Dem Eingreifen der Gauleitung gelang es, hier jedoch eine Einigung zu erzielen. Ueberstunden wurden mit 50 Prozent Zuschlag entlohnt und die Affordarbeit wurde aus dem Arbeitsvertrag gestrichen. Am 8. August wurde jedoch der Vorsitzende, der Kassierer und noch ein Kollege gemahregelt. Die Kollegen erachteten dies auch als eine Provokation durch die Direktion und legten die Arbeit nieder. Ein abermaliges Eingreifen der Gauleitung machte sich notwendig und es wurde von derselben neuerdings eine zufriedenstellende Einigung erzielt. Die Gemahregelten wurden wieder eingestellt, die Organisation schriftlich anerkannt und bei Mangel an Arbeit sollten die zuletzt Eingestellten wieder der Reihe nach entlassen werden. Der bisherige Vorstand wurde seines Amtes enthoben und durch einen andern Kollegen ersetzt. Es war nunmehr jedem Kollegen ein Bedürfnis, den Betrieb endlich einmal in Ruhe weitergehen zu sehen. Aus geringfügigen Gründen werden nun wieder Leute entlassen und den Kollegen wird erklärt, es sei Mangel an Arbeit vorhanden, wer aber Platten im Afford machen will, kann arbeiten, andernfalls müssen sie aussetzen. Dieses Vorgehen gab dem Gauleiter Anlaß, das Gewerbegericht in Bad Nibling am 2. November anzurufen. Dieser legte in sachlicher Weise im Beisein des Direktors unsere Beschwerden dar. Auch der Vorsitzende des Gewerbegerichts ließ durchblicken, daß hier verdeckte Maßregelung vorliegen könnte. Es wäre jedoch im Interesse der Industrie, daß beide Teile auf friedliche Weise zusammenarbeiten, derartige Vorkommnisse gereichten dem jungen Betriebe nur zum Schaden. Auf den Vorschlag des Gauleiters, daß den ausgesetzten Kollegen stets durch den Werkstattvertrauensmann das Vorhandensein von Massivarbeit, welche im Tagelohn verfertigt wird, bekannt gegeben werde, erwiderte der Herr Direktor, daß er sich nicht binden lasse. Der Aussetzende müsse vielmehr des Tags über öfter am Plage nachfragen. Der Vorschlag des Gauleiters wurde auch angenommen. Wir sind nun gespannt, wie lange der Friede jetzt dauert. Doch eines sei hier gesagt, daß nach Ansicht des Gewerbegerichts die Organisation des Steinarbeiterverbandes ein weiteres Vorgehen der Betriebsleitung nicht mehr akzeptieren kann. Niemand wünscht den Frieden mehr als die hiesigen organisierten Steinarbeiter.

Berlin II. Die Marmorarbeiter hielten am Dienstag, den 29. Oktober, im Gewerkschaftshaus eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab, in welcher über die Lage des Streiks beraten wurde. Kollege Siebold legte in seinen Ausführungen dar, daß die Situation jetzt nicht mehr sehr günstig sei, um noch länger im Streik zu verharrten. Der Winter stehe jetzt vor der Tür und die Arbeitslosigkeit nähme immer mehr zu. Die Streikbrecher, die sich in verhältnismäßig großer Anzahl leider eingemischt hätten, seien aus den Betrieben nicht mehr herauszubringen. Dies müßte wohl beachtet werden. Von Seiten der Unternehmer sei aber auf ein Entgegenkommen jetzt nicht mehr zu hoffen. Er sei bei Herrn Direktor Schneider persönlich gewesen, um zu sehen, ob auf sein Zutun schließlich doch eine Einigung zustande käme. Leider sei nichts durch die Aussprache erzielt worden. Die Antwort der in Frage kommenden Unternehmer war aber ablehnend. Redner empfahl den Versammelten, aus all den angeführten Gründen von einer Weiterführung des Kampfes abzusehen, den Streik also vorläufig abzubrechen und bei günstiger Gelegenheit die Forderungen wieder zu stellen. Vor allen Dingen aber ist es Pflicht eines jeden, daß er der Organisation treu bleibt und alle Kraft aufwendet, um auch die noch Fernstehenden in den Verband hineinzubringen. Besonders wäre es Pflicht der jungen ledigen Kollegen, vorläufig noch zurückzutreten, bis die Verheirateten untergebracht sind. Die zurückbleibenden Kollegen werden weiter unterstützt. Die hierauf folgende Diskussion zeitigte, von einigen Ausnahmen abgesehen, das Einverständnis der Kollegen mit den gemachten Ausführungen. Folgende Resolution wurde gegen 9 Stimmen angenommen: „Infolge der vorgerückten Jahreszeit sehen die Marmorarbeiter von einer Weiterführung des Streiks vorläufig ab. Die Versammelten verpflichten sich, unter allen Umständen der Organisation treu zu bleiben, um zu gelegener Zeit die gestellten Forderungen zur Anerkennung zu bringen.“

Nachschrift. Was vorauszu sehen war, ist eingetroffen. Die fünf Unternehmer, die in Betracht kamen, haben ganze 14 Mann eingestellt. Es wird vorgegesehen, daß keine Arbeit da sei, jedoch sieht es eher danach aus, als ob die Unternehmer uns ihren Lohn noch ein bißchen fühlen lassen wollten, um damit zu dokumentieren, daß sie augenblicklich Gahn im Korbe sind. Jedoch wird sich hierdurch niemand zurückziehen lassen, sondern nach wie vor der Organisation treu bleiben. An die Kollegen allerorts aber stellen wir das Ersuchen, Berlin solange zu meiden, bis auch der letzte Mann wieder untergebracht ist.

Bonn. Auch wir müssen wieder etwas von uns hören lassen. Es kann gemeldet werden, daß in der „Vorussfabrik“ unser Verband feste Wurzeln gefaßt hat. Am 3. November fand im Volkshaus eine Mitgliederversammlung statt, welche sehr gut besucht war. Nach Eröffnung der Versammlung wurden fünf Kollegen als Vertreter der Ortskassentasse gewählt. Im nächsten Punkt kam Lokales zur Sprache und wurden die Mißstände, welche auf einigen Werkplätzen herrschen, zur Sprache gebracht, und der Antrag, den Werkplatz Jaratta zu sperren, angenommen. Auch kam es zur Aussprache über die Lohnverhältnisse eines andern Werkplatzes. Die Schuld daran wurde den daselbst arbeitenden Kollegen zugeschrieben. Zum Schluß wurde noch beschlossen, ein Schreiben der Stadt zu gehen zu lassen, in welchem der Wunsch ausgesprochen wird, daß die vorkommenden Steinmetz- und Marmorarbeiten an die hiesigen Unternehmer vergeben werden. Die Arbeiten sollen an Ort

und Stelle angefertigt werden. Am Schluß der Versammlung dankte der Vorsitzende für das zahlreiche Erscheinen.

Crawinkel. Eine gut besuchte Versammlung tagte hier am 24. Oktober. Das Verhalten des Mitgliedes Brand mußte kritisiert werden. Selbiger reiste von dannen, ohne seine Verbandspflichten zu erfüllen. Eine nette Sorte von Menschen, die sich bei Nacht und Nebel verduften. Auch der Steinmetz Georg Engl wurde aus dem Verbands ausschlossen; dieser ließ sich mehrere Disziplinwidrigkeiten zuschulden kommen. Genannter hat uns lange genug mit seinem verbandsschädigenden Vorgehen in Mißkredit gebracht. Um den Kollegen in Soffel entgegenzukommen, wurde beschlossen, in genanntem Ort eine Versammlung abzuhalten. Hoffentlich sind dann unsere Freunde zur Stelle. Als Vorsitzender unserer Zahlstelle wurde Kollege Robert Sommer gewählt. Die Leitung ist somit in sichere Hände gelangt.

Demitz-Thumitz. Am 8. November fand im Gasthof zu Neu-Schmölln eine Mitgliederversammlung statt, welche gut besucht war. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken des verstorbenen Kollegen Stehlik durch Erheben von den Plätzen geehrt. Dann gab Kollege Müller den Kassenbericht vom dritten Quartal. Die Einnahme betrug 4057.37 Mark, die Ausgabe 2012.19 Mark. Da Bücher und Kasse stets in munterhafter Ordnung vorgefunden, wurde der Kassierer entlastet. Kollege Purtsche berichtet, daß sich unsere Zahlstelle in letzter Zeit gut entwickelt hat. Im letzten Quartal allein ist eine Mitgliederzunahme von 179 zu verzeichnen, so daß wir am Schluß des dritten Quartals die stattliche Höhe von 466 erreicht hatten. Demzufolge hat sich auch der Markenumsatz bedeutend erhöht, so daß im letzten Quartal allein 4770 Beitragsmarken verkauft worden sind. Zu bedauern ist, daß immer noch eine ganze Anzahl Kollegen mit ihren Beiträgen im Rückstande sind. Kollege Purtsche ermahnt, sich eine pünktliche Beitragszahlung anzugewöhnen, andernfalls die Ortsverwaltung gezwungen ist, die säumigen Zahler in einer der nächsten Mitgliederversammlungen zu veröffentlichen. Trotzdem unsere Zahlstelle rüstig vorwärtsschreitet, haben wir noch ein weites Feld zu bearbeiten, und es ist somit Pflicht eines jeden Kollegen, seine ganze Kraft für unsere große Sache einzusetzen. Dazu gehört aber auch in erster Linie, daß in unsern eigenen Reihen selbst mehr Einigkeit herrscht und die persönlichen Meinereien verschwinden, und nicht, wie es in letzter Zeit vielfach vorgekommen ist, derartige persönliche Zwistigkeiten in öffentlichen Lokalen zum Ausdruck gebracht werden. Kollegen, bedenkt, daß wir uns und unser Sache dadurch nur schaden, denn nichts ist den Unternehmern angenehmer, als Uneinigkeit in unsern Reihen. Wir haben doch alle Veranlassung, einig zu sein, um bessere Zustände zu schaffen. Darum rufen wir Euch zu, meidet allen Hader, Streit und Zwistigkeit und kämpft geschlossen Schulter an Schulter für unsere Freiheit und zur Erringung einer besseren Lebenslage.

Hardheim. Am 8. November fand im Gasthaus zum Roß eine Steinarbeiterversammlung statt. Es wurde sehr lange debattiert über das Verhalten der Kaiser-Steinbruchgesellschaft und die Firma Wimmel. Was diese Firmen wollen, Vernichtung der Zahlstelle, wird niemals mehr in Hardheim gelingen. Bei der Kaiser-Aktiengesellschaft wurden die Kollegen schon dreimal in diesem Jahre entlassen. Nach der erfolgten Wiedereinstellung sollten die Kollegen einen Afford übernehmen. Es waren zum Köhler Brückenbau 200 Kubikmeter nötig. Wir sollten das Material brechen, bostieren, bearbeiten und aufladen und dafür pro Kubikmeter den horrenden Preis von 22 Mk. erhalten. Wer die Arbeiten nicht machen will, kann gehen. So handelt die Firma Kaiser-Steinbruch-Aktiengesellschaft den Arbeitern gegenüber. Der Werksführer Klinkt glaubt auch seinen Befähigungsnachweis dadurch erbringen zu müssen, indem er sich recht hämisch über die Arbeiter äußert. Dieser Mann scheint vergessen zu haben, was er früher war. Glückliche Kollegen ließen sich in den Verband aufnehmen. Dann Schluß der imposanten Versammlung.

Häslicht (Schlesien). Am 2. November ereignete sich im Steinbruch der Firma S. Thasler ein beauerndwerter Unglücksfall. Beim Nachbohren eines nicht losgegangenen Schusses entlud sich plötzlich die Ladung, wobei eine Frau die den Bohrer hielt, schwer ein Brecher leicht verletzt wurden. Einem glücklichen Zufall ist es zu danken, daß nicht mehr Arbeiter ernstlich verletzt wurden, da der Betrieb im vollen Gange war. Das Nachbohren von nicht losgegangenen Schüssen ist nach § 9 Abs. 1 der Schießvorschrift der Berufsgenossenschaft streng untersagt, wird aber zum Teil nicht befolgt, wie dieser Fall beweist. Jeder Arbeiter müßte sich gegen eine solche Zumutung des Werksführers auflehnen, da es die Verantwortlichen an der Gesundheit schädigen kann. Nach der Bundesratsverordnung ist es nicht zulässig, Frauen in Steinbrüchen zu beschäftigen, das scheint allerdings für die Häslichter Firmen nicht maßgebend zu sein. Die Beförderung wird durch diesen Unglücksfall erst auf vollständige Beseitigung der Frauen aus den Steinbrüchen drängen müssen. Auch auf etwas mehr Ordnung betreffs der Arbeitszeit möchte die Firma setzen und nicht ohne Aufsicht während der Pausen arbeiten lassen. Wären alle Kollegen des Betriebes im Steinarbeiterverband, die Schlampe wäre längst beseitigt. Kollegen, dieser Fall zeigt Euch zur Genüge, wo Eure Interessen vertreten werden. In allen übrigen Betrieben ist einigermassen Ordnung, nur in diesem Betriebe nicht. Organisiert Euch, dann wird auch Herr Thasler etwas mehr Respekt vor seinen Arbeitern haben.

Königsutter. Da sich die Unternehmer immer noch weigern, mit uns in Unterhandlung zu treten, so haben wir die Ortsbehörde ersucht, die Herren einmal zu einer gemeinschaftlichen Sitzung mit der Lohnkommission einzuladen. Die Meister haben es aber nicht für nötig befunden, zu erscheinen. Sie sandten uns ein Schreiben, worin sie erklärten, jede Verhandlung abzulehnen. Wer von den Arbeitern für den alten Preis arbeiten wolle, könnte jederzeit anfangen. Aber ohne Organisation. Als die Lohnkommission ihren Bericht von der gestrigen Sitzung in der vollzähligen Versammlung vorbrachte, war die Entrüstung eine gewaltige. Der Vorsitzende hatte Mühe, die Ruhe wiederherzustellen. Derselbe hielt dann eine markige Ansprache an die Versammelten, in der er die Anwesenden ermahnte, fest zu der Zahlstelle und zum Verband zu halten, denn allem Anschein nach wollen die Unternehmer unsere Zahlstelle sprengen. Unseres Erachtens käme es auch dahin, wenn wir unter diesen Bedingungen die Arbeit wieder aufnehmen würden. Dann wären wir wieder in unsere vorintendliche Zeit zurückversetzt. Es kam nun zur Abstimmung für oder gegen den Streik. Es war auch nicht ein Zettel gegen den Streik abgegeben. Dieser einstimmige Beschluß wurde den Unternehmern schriftlich unterbreitet. Mit einem kräftigen Hoch auf die Zahlstelle und den Verband wurde die Versammlung geschlossen.

Mauthausen. Im österreichischen Steinarbeiter lesen wir: „Nachdem sich die Streikbrecheragenten der Firma Köhler aus Meißen in Auffig, Budweis, Gmünd, Schrems und in den Orten Oesterreichisch-Schlesiens gründliche Abschwärzungen gehalten haben, verlegten sie ihr Tätigkeitsfeld nach Oberösterreich. In Mauthausen treibt sich ein Herr Franz Gritschler als Streikbrecheragent herum. Derselbe ist noch dazu ein gebürtiger Mauthausener. Daß es diesem Herrn möglich ist, sein famoses Gewerbe in Mauthausen zu betreiben, daran sind die eigenartigen Organisationsverhältnisse schuld. Die Steinarbeiter müssen endlich einsehen, daß mit dem gegenwärtig bestehenden Gewerkschaftsbund nichts zu machen ist, sondern im Gegenteil, eine gute Fachorganisation dadurch behindert wird. Diesem Streikbrecheragenten ist es gelungen, einige unorganisierte Ar-

beiter für Herrn Köhler zu gewinnen, mit denen die Firma ihre wahre Freude haben wird. Die Mauthausener Steinarbeiter, welche diesen Agenten gefolgt sind, werden die Firma Köhler nicht retten können. Wenn diese Arbeiter auch minderwertig sind, so muß alles angewendet werden, daß dieser Agent keine weiteren Erfolge in Oesterreich hat. Die Firma hat, so weit wir davon Kenntnis haben, 8 bis 10 Streikbrecheragenten nach Oesterreich geschickt; die alle nach einer Schablone arbeiten. Wie wir schon schon in Nr. 20 d. Bl. geschildert haben, machen sie mit einem großen Plakat an den Arbeitsplätzen Reklame, dann wenden die Agenten sich hauptsächlich an unorganisierte Steinarbeiter und erzählen diesen, daß es bei der Firma Köhler gut zu arbeiten ist und ein glänzender Verdienst für jeden Arbeiter zu erzielen sei usw. Die Arbeiter, die so dumm sind und das glauben, vermeinen, bei der Firma Köhler ein wahres Schlaraffenleben fristen zu können. Die Denkart dieses Herrn Köhler wird am besten dadurch illustriert, daß er den früheren Arbeitern ihr Koalitionsrecht nur zu seinem Vorteile erlauben will. Die Kampfororganisation unseres Brudervereins soll durch eine Streikbrecherorganisation, die unter dem Diktat des Unternehmers steht, ersetzt werden. Hier heißt es, sich mit aller Macht einzusetzen und überall, wo sich ein Agent dieser Firma blicken läßt, ihn aus dem Ort zu schaffen. Kein österreichischer Steinarbeiter gibt sich als Streikbrecher für die Firma Köhler in Meißen her.

Meißen II. Am 10. November fand im Dampfschiff-Restaurant von Kunze in Zehren eine Steinarbeiterversammlung statt. Kollege Steininger sprach über die Gegner der gewerkschaftlichen Organisationen. Er entledigte sich seiner Aufgabe in vortrefflicher Weise. Leider war die Versammlung schlecht besucht. Wenn die Kollegen den Versammlungen nicht mehr Interesse entgegenbringen, dann sieht sich die Ortsverwaltung veranlaßt, nur alle Vierteljahr eine solche stattfinden zu lassen. Die Mitglieder scheinen für Sonntagsausfahrten und Radfahrerversammlungen mehr Interesse zu hegen, als für Berufsangelegenheiten. Es wurde von der Ortsverwaltung der Antrag gestellt, daß in allen Brücken, wo fünf Mann organisiert sind, Platzfasserwahlen stattfinden sollen. Die Mitglieder haben darauf zu achten, daß die zu wählenden Platzfasser zugleich Vertrauenspersonen für den betreffenden Betrieb sein können. Die Platzfasser erhalten ihre Bücher im Dezember und weitere entsprechende Instruktion durch Handzettel.

Schmalzalden. Am 3. November fand in Brotterode im Hotel zum Adler unsere Steinarbeiterversammlung statt. Leider ziehen immer noch die jüngeren Kollegen Vergnügen einer Versammlung vor. Gauleiter Philipp Wagner aus Erfurt hielt einen Vortrag über: Das Kariswesen. Lebhafter Beifall folgte seinem Referat. Dann wurden die Mißstände besprochen, die auf den einzelnen Werkplätzen noch herrschen. Anders Tags wurde Wagner mit drei Kollegen beim Unternehmer Troger vorstellig; dieser hat nämlich den verheirateten Kollegen Richter gemahregelt. Troger meinte, lieber lasse er sich eingraben oder er jage den Bankrott an, ehe er Richter wieder einstelle. Troger war von drei Jahren noch Verbandmitglied; er muß von unsern Ideen sehr stark durchdrungen gewesen sein, — weil er jetzt eine solche Sprache zu führen versteht. Wenn auch die Einstellung des Kollegen Richter nicht erreicht werden konnte, so wachsen deshalb die Bäume des Fr. doch noch nicht in den Himmel. Auch über die Zustände bei Köpfer wurde geklagt; hoffentlich kann durch eine gegenseitige Aussprache eine diesbezügliche Regelung erzielt werden.

Wildemann. Nachdem wir endlich ein Lokal haben, referierte am 26. Oktober in Schlüters Hotel unser Gauleiter Biewig über das Thema: Kapitalistische Wirtschaftsweise. Seine lehrreichen Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen. Auch die Frauen sind bei diesem Referat auf ihre Kosten gekommen. Das Bewichtigste Referat war eine ausgezeichnete oratorische Leistung. In der Debatte wurde betont, daß hier die Sonntagsarbeit noch gang und gäbe sei. Wenn die Gendarmerie nicht eingreift, dann müssen wir die Staatsanwaltschaft zum Einschreiten veranlassen. Der Steinarbeiter darf sich auf keinen Fall den Sonntag als Ruhetag nehmen lassen. Die Zahlstelle nimmt hier mächtig an Mitgliedern zu, ein Beweis, wie ernst es die Leitung mit ihrer Pflicht nimmt. Hoffentlich ist auch die nächste Versammlung wiederum so gut besucht.

Wurzen. Die Bezirksversammlung, welche am 3. November in Co I I m e n tagte, war sehr gut besucht. Zum 1. Punkt berichtete Bezirksleiter Noack folgendes: Kassenbestand vom 2. Quartal 1236.63 Mark; an Eintrittsgeld wurde vereinbart 30.75 Mark, an Beitragsmarken 1557 Mark, an Extrasteuern 281.50 Mark, an Erwerblosensmarken 21.60 Mark, sonstige Einnahmen waren vorhanden 485.10 Mark. Das ergibt eine gesamte Einnahme von 3613.58 Mark. Die Ausgaben betragen: Umzugskosten 40 Mark, Krankenunterstützung 207 Mark, für Agitation 82.60 Mark, an die Hauptkasse wurden eingekandt 1276 Mark, Gehalt und Ausgaben 346 Mark, Sitzungen, Kartellbeitrag und Krankenversicherung 53.52 Mark, Porto, Briefe und sonstige Ausgaben 31.05 Mark, Prozente an die Kassierer 32.50 Mark, Fahrradreparatur 4.20 Mark. Gesamtausgabe 2072.87 Mark. Bleibt ein Kassenbestand von 1540.71 Mark. Zu bemerken ist noch, daß die Finanzen auch in diesem Vierteljahr gestiegen sind. Die Beiträge werden bis auf wenige Ausnahmen pünktlich entrichtet, gewiß ein Zeichen, daß die Organisation vorwärts schreitet. Die Revisoren berichteten übereinstimmend, daß sie die Kassenbücher mit Belegen, sowie den Markenbestand in bester Ordnung vorgefunden hätten; auch sei der Kassenbestand abgefaßt. Einstimmig wurde Decharge erteilt. Unter Punkt 2 wurde einem Antrage der Bezirksleitung zugestimmt, welcher dahin geht, daß vom 1. Oktober ab aus finanziellen Gründen an die Kartelle Wurzen und Grimma nur für die Mitglieder die Beiträge entrichtet werden, die direkt am Orte wohnen. Auch solle nur ein Delegierter entsandt werden. Für Wurzen wurde Kollege Polley gewählt, Grimma soll sich selbst einen wählen. Zu dem Unterrichtskursus in Wurzen wurden die Kollegen Keil-Wurzen und Hannemann-Rödnitz einstimmig gewählt. Nunmehr ergriff Kollege Staudinger das Wort. Er behandelte das Thema: Die Verkürzung der Arbeitszeit als kultureller Fortschritt. In 1 1/2 stündiger Rede führte er etwa aus: Die Gesetzgebung hat bezüglich der Arbeitszeitregulierung für die Masse der Arbeiter noch nichts getan. Nur einige Berufe, die sehr gesundheitschädlich sind, hätten etwas gesetzlichen Schutz erwirkt. Allerdings, was die Regierungen nicht wollten, hat die organisierte Arbeiterschaft selbst in die Wege geleitet; in den meisten Berufen konnten durch die Macht der Gewerkschaften bedeutende Arbeitszeitreduktionen erzielt werden. Großes hierin leisteten die Bauarbeiter, die Buchdrucker usw. Auch die Sandsteinarbeiter haben schon an vielen Orten den Achtstundentag erkämpft. Redner wies dies einzeln nach und zeigte ferner, wie dabei der Lohn um 20 bis 30 Prozent in die Höhe geschmetzelt sei. Traurig sei es, daß in der Granitindustrie die Arbeitszeit noch 10 und mehr Stunden pro Tag betrage. Die Granitarbeiter haben nicht nur einen anstrengenden, sondern auch einen sehr gefährlichen Beruf. Im Bezirk Grimma-Wurzen sind 180 Kollegen vorhanden, die Unfallrenten beziehen, der beste Beweis, wie ungeheuer die Unfallhäufigkeit ist. In der Steinbruchberufsgenossenschaft wurden 1906 nicht weniger als 10848 Unfälle gemeldet; auf 1000 Versicherte entfallen pro Jahr 64 Verletzte. In wirtschaftlicher Beziehung könnten die Unternehmungen sehr wohl eine Arbeitszeitverkürzung mit entsprechender Lohnzulage zugestehen, denn die Betriebe seien überall sehr rentabel. Auf die Freundlichkeit der Unternehmer sei aber nicht zu rechnen. Selbsthilfe muß unser oberstes Prinzip sein. Ehrensache der hiesigen Kollegen muß es weiter sein, nun endlich die Licht-

arbeit mit Stumpf und Stiel auszurotten. Medner besprach dann die sozialpolitische Seite der kürzeren Arbeitszeit und schloß mit dem Hinweis, daß im hiesigen Gebiet alles aufgeben werden muß, um die Arbeitszeit unter 10 Stunden festsetzen zu können. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Unter Punkt 5 erklärte Kollege Noack im Namen der Gesamtleitung der Zahlstelle, daß sie auf das Drängen der Massen eine Enquete im Bezirk veranstalteten, um festzustellen, wie schlecht die Bundesratsverordnung durchgeführt wird. Eine scharfe Resolution gegen die Nichtbeachtung dieser Gesetzesbestimmungen wurde angenommen. Aus Grimma konnte erfreulich berichtet werden, daß der Direktor eines größeren Geschäftes unsere Anregungen wegen Umgestaltung der Werkstätten usw. stattgegeben hätte. Goffentlich findet dieser Herr im Würzener Gebiet Nachahmer. Die Debatte ergab weiter, daß hier die Frauen zu recht niedrigen Löhnen beschäftigt sind. Geht denn wirklich die Steinindustrie zugrunde, wenn die Frauarbeit in den Steinbrüchen beseitigt würde? Hierauf wurde noch aufgefördert, die Statistiken besser auszufüllen. Auch wurden die Anwesenden ersucht, fleißig für die Volkszeitung für das Jubiläum zu agitieren; es sei Pflicht eines jeden Steinarbeiters, die Volkszeitung zu lesen. Hiernach fand die sehr interessante Versammlung mit einem Hoch auf den Steinarbeiterverband ihr Ende. Bemerkenswert sei, daß wir nach der Versammlung 20 Neuzugänge machen konnten. Auch ist diese Woche schon die Gewerbeinspektion im Bezirk fleißig tätig gewesen. Die Versammlung hatte ihre Wirkung also nicht verfehlt. Wenn der Bericht etwas ausführlicher geworden ist, so bitten wir um Entschuldigung. Unsere Zahlstelle umfaßt aber 30 Orte, und da ist es beim besten Willen nicht möglich, daß jedes Mitglied in die Versammlung kommen kann. N.

Große Arbeitslosigkeit in der Berliner Modellbranche.

Der Bildhauerverband hat eine sehr interessante Statistik in der Reichshauptstadt über die Arbeitslosigkeit in der Modellbranche veranstaltet. Der Bildhauerzeitung entnehmen wir folgendes: Die Erhebung wurde Anfang August d. J. veranstaltet. Um eine allgemeine Uebersicht über den Beschäftigungsgrad während der letzten Jahre zu geben, schicken wir folgende Zusammenstellung über die Frequenz der Stellenvermittlung voraus. Es hatte die Verwaltungsjahre Berlin arbeitslose Mitglieder der Modellbranche:

	1904	1905	1906	1907
Ende Januar	60	97	106	160
Februar	62	74	116	142
März	35	68	102	93
April	21	73	63	82
Mai	26	57	28	77
Juni	33	50	36	61
Juli	32	55	68	87
August	31	61	85	107
September	38	72	99	85
Oktober	26	42	74	76
November	44	46	65	—
Dezember	84	78	130	—

Durchschnittl. Bestand am Schluß des Monats	41	64,4	80,7	97
Mitgliederzahl in der Modellbranche am Schluß des Jahres	338	398	353	?

Daraus ergibt sich eine stete Ausdehnung der Arbeitslosigkeit. Noch im Jahre 1905 waren es „nur“ ein Sechstel aller Kollegen im Durchschnitt, welche ständig ohne Arbeit waren; im Jahre 1906 bereits mehr als ein Fünftel und 1907 mehr als ein Viertel aller Kollegen. Mag auch ein Teil der Arbeitslosigkeit in den Monaten Juli bis September auf die Konflikte im Berliner Baugewerbe zurückzuführen sein, so ist trotzdem eine fast mathematische Steigerung der Arbeitslosigkeit unverkennbar.

Diese Statistik zeigt mit großer Deutlichkeit, in welchem sozialen Glend sich diese Arbeiterkategorie befindet.

Rundschau.

Die Sprache verloren. In München siegte bekanntlich bei den Wahlen zur Ortskrankenkasse die Liste des Gewerkschaftskartells in glänzender Weise. Die Gewerkschaftsstimme weiß von dieser Niederlage ihren Lesern noch nichts zu sagen, trotzdem sie in der Nr. 44 noch mächtig für die Wahl ihrer Freunde Königbauer und Konforium Propaganda machte. Der Redaktion der Gewerkschaftsstimme scheint die Niederlage so auf die Nerven gefallen zu sein, daß sie darüber kein Sterbenswörtchen zu schreiben vermag. Königbauer aber mag sich trösten mit den Worten: „Es hat nicht sollen sein, viele glauben sich dazu berufen, aber nur wenige werden dazu auserwählt.“

Gewerkschaftsschule betreffend. Am 11. November begann im Berliner Gewerkschaftshaus ein neuer gewerkschaftlicher Unterrichtskursus. Der Kursus dauert fünf Wochen. Von unserem Verband nehmen daran teil: Hauptkassierer Ludwig Geist und Gauleiter Hans Mittenmeier. Wir wünschen den beiden Bahern guten Erfolg.

Müssen Affordarbeiten beendet werden? Affordarbeiter sind nach einem Urteil des Gewerbegerichts Charlottenburg nicht verpflichtet, eine angefangene Affordarbeit fertigzustellen, wenn eine Kündigung gegenseitig ausgeschlossen ist. Ein Tischlergehilfe war gegen Affordlohn beschäftigt. Es war schriftlich vereinbart worden: „Kündigung findet gegenseitig nicht statt; jedoch sind die Affordarbeiter verpflichtet, den angefangenen Afford fertigzustellen.“ Der Tischler blieb weg und hatte aus einem vorher beendeten Afford einen Restlohn von 27,60 Mark zu beanspruchen. Er hatte inzwischen eine neue Arbeit angefangen, aber nicht beendet. Der Arbeitgeber verweigerte die Zahlung wegen einer ihm zustehenden Schadenersatzforderung. Das Gewerbegericht verwarf diesen Einwand. Der Verabredung, daß Affordarbeiten fertiggestellt werden müssen, will es Rechtsgültigkeit nicht zuerkennen. Nach § 122 der Gewerbeordnung könne eine andere Aufkündigungsfrist als die gesetzliche nur unter der Bedingung vereinbart werden, daß die Vereinbarung für beide Teile gleich ist. Durch jene Vereinbarung träte eine Veränderung des Kündigungsverhältnisses einseitig zugunsten des Beschäftigten ein. Der Verpflichtung zur Fertigstellung angefangener Affordarbeit entspreche keineswegs auch eine Berechtigung des Affordarbeiters, bei Widerspruch des Arbeitgebers erst den angefangenen Afford zu Ende zu führen. Es mangle also an der notwendigen Gegenseitigkeit. Der entgegenstehenden Ansicht des Berliner Gewerbegerichts tritt das Charlottenburger Gericht ausdrücklich entgegen. In Berlin war man bei einem ähnlichen Falle der Meinung, daß bei dieser Fassung der Bestimmung Gegenseitigkeit zu verneinen und auch ein Recht des Arbeiters zur Beendigung des Affords anzuerkennen sei.

Für unsere Kollegen ist dieses Urteil besonders beachtenswert.

Im Zentralverband der Stukkateure hat eine Urabstimmung über die Angliederung an den Maurerverband stattgefunden. Das Ergebnis ist in der Nr. 44 des Stukkateur veröffentlicht. Von 8803 Mitgliedern, wovon 7098 stimmberechtigt, haben sich 6612 an der Abstimmung beteiligt. Für die Angliederung entschieden sich 2127, dagegen 4434. Somit ist der Anschluß abgelehnt. Die Stukkateure hätten sicherlich nichts eingeht, wenn sie sich dem mächtigen Maurerverband angeschlossen hätten.

Ein voller Sieg der Berliner Arbeiter. In Angelegenheiten des Wohlstands gegen das Warenhaus A. Jandorf u. Co. haben gemeinsame Beratungen zwischen dem Aktionsausschuß des Verbandes sozialdemokratischer Wahlvereine, dem Ausschuß der Berliner Gewerkschaftskommission, dem Vorstand des Deutschen Transportarbeiterverbandes einerseits und Vertretern der Firma A. Jandorf u. Co. andererseits stattgefunden. Es kam ein Ratifizierungsvertrag zwischen dem Deutschen Transportarbeiterverband und der Firma A. Jandorf u. Co. zustande, durch welchen alle Differenzpunkte zur Leiderseitigen Zufriedenheit beseitigt wurden.

Die einseitige Vertragsbruchstrafe hat einer paritätischen Maßnahme gemacht. Die Straffsumme ist auf das gesetzliche Maß beschränkt und für die Erörterung der Frage, ob eine Arbeitsniederlegung oder Entlassung gesetzlich oder ungesetzlich ist, wurde ein einwandfreies Schiedsgericht gefunden. Auch für die Wiedereinstellung der Entlassenen sind Normen getroffen, ebenso wie über Neueinstellungen.

Die Solidarität der Berliner Arbeiter hat einen glänzenden Sieg errungen, der erfreulich ist und den Beweis erbracht hat, daß das Kapital nicht immer triumphieren darf.

Die Lohnbewegung in der Pianofortefabrik Blüthner in Leipzig, an der 700 Arbeiter beteiligt waren, hat mit einem guten Erfolg geendet. Die Streitenden haben am 6. November die Arbeit wieder aufgenommen, nachdem ihre Forderungen zum größten Teil bewilligt worden waren. Sie erreichten 6 bis 7 Prozent Lohnerhöhung, 53stündige Arbeitszeit pro Woche und Anerkennung der Organisation. — Der Streik hat 1½ Woche gedauert. Die Organisation ist durch diesen Erfolg ein für allemal in diesem lange indifferenten Betriebe gefestigt worden.

Gewerbegerichtswahl in der Stadt Pirna. Einen kläglichen Vereinfachung — ebenso wie bei der Gewerbegerichtswahl in Pirna-Land (siehe letzte Nummer des Steinarbeiters) — erlitten bei der Gewerbegerichtswahl am 7. November die vereinigten Gegner. Hirsch-Dundersche und christliche Gewerkschaftler hatten sich mit den katholischen und evangelischen Arbeitervereinigern zusammengeschlossen, um möglichst viele Mandate zu erobern. Das Resultat war ein sehr klägliches für den arbeiterfeindlichen Raddelbuddel: Auf die Liste des Gewerkschaftskartells entfielen 1002 Stimmen, auf die vereinigten Gegner ganze 122. Danach erhält das Kartell 13, die Gegner 2 Mitglieder, d. h. der zweite Beiführer erreichte auch nur sehr knapp die nötige Verhältniszahl. Aus dem Ergebnis der Gewerbegerichtswahlen in Pirna und Umgebung ist also mit absoluter Deutlichkeit zu ersehen, daß die Arbeiter mit geringen Ausnahmen in den modernen Arbeiterorganisationen die Vertretung ihrer Interessen erblicken. Daran ändern alle Ausschneideereien der Arbeiterfeinde nichts. Gegen diese Zahlen kommen sie mit ihren Schwindelereien und Maulaufreißern nicht auf.

Bei den Wahlen zum Gewerbegericht in Hirschberg i. Schl. siegten die Kandidaten des Gewerkschaftskartells glänzend. Die „Hirsche“ erlitten eine blamable Niederlage.

Auf bornigen Wege. Mit welchen Schwierigkeiten die russischen Arbeiter bei der Gründung von Verbänden zu kämpfen haben, zeigen die Daten über die Registrierung der Verbände in dem Bericht der Gewerkschaftsbewegung in Russland, der in diesen Tagen von dem Ausschuß der Vertreter des Handels und der Industrie ausgegeben wurde. Es zeigt sich nämlich, daß in der ersten Hälfte des laufenden Jahres insgesamt 116 Verbände Gesuche um Registrierung eingaben, von denen nicht weniger als 68 abgewiesen wurden. So beträgt die Zahl der Verbände, die der Möglichkeit offener Existenz beraubt wurden, 60 Prozent. Im Jahre 1906 war der Prozentsatz der abgewiesenen Gesuche um Registrierung nicht höher als 18 Prozent. Trotz dieses in Wirklichkeit bornigen Weges dringt die Idee der Organisation immer breiter in die Mitte der Arbeiter, und jüngst wurde in einer Reihe von Arbeiterversammlungen verschiedener Branchen in Petersburg der Beschluß gefaßt, Verbände zu organisieren. So entsieht nun ein Verband der Bräuerarbeiter, der Arbeiter der Hülsenfabriken, der Wäscherrinnen usw.

Trotz der großen Wahlrechtsentziehung kommen 18 Sozialdemokraten in die dritte Duma.

Ein Land ohne Alkohol ist demnächst Finnland. Das Gesetz, das das Verbot der Einfuhr, Herstellung, Feilhaltung und Aufbewahrung bestimmt, ist mit großer Mehrheit vom Landtag angenommen worden und harret der Bestätigung Väterchens. Alkoholische Waren sind nur noch Krankenhäusern und wissenschaftlichen Anstalten zugänglich, im übrigen dürfen sie in den Apotheken, denen der Kleinverkauf übertragen wird, bloß gegen Rezept verabreicht werden. Während der Verhandlungen hatten sich an dem Landtagshause Volksmassen angesammelt, die nach dem Bekanntwerden der Abstimmung in begeisterte Hochrufe ausbrachen und bald danach feierten die Studenten das große Ereignis durch Illumination ihres Vereinshauses.

Literarisches.

Leitfaden der architektonischen Formenlehre. Unter vorstehendem Titel hat Professor Bruno Specht, Oberlehrer der Königl. Baugewerkschule in Erfurt, ein 200 Seiten starkes Buch herausgegeben. Beim Studium des Buches fanden wir, daß der Stoff, es sind 15 Kapitel, mustergültig zusammengestellt ist. Die 230 Skizzen machen den Text in leichter Weise verständlich. Der Wauschüler, Techniker, überhaupt alle die, die sich mit der Firmend der Baukunst zu befassen haben, werden Spechts Buch mit großem Nutzen verwenden können. Wir können es jedem Interessenten sehr warm empfehlen. (Verlag von Trendelenburg u. Granier in Breslau.)

In Reclams Verlag, Leipzig, Inselstraße, sind soeben erschienen: Nr. 4941: Russische Dichtersinnen von Fr. Fiedler, Nr. 4943: Vater und Sohn von Heinrich Schamberg, Nr. 4945: Der 70. Geburtstag (Luftspiel) von Heinrich Lee, Nr. 4946: Geschichte meiner Schulen von Dr. Theodor Fritsch. Vollständige Verzeichnisse der Reclamschen Universal-Bibliothek sind durch jede Buchhandlung stets gratis zu beziehen. Die Kollegen können sich aus diesem Verlag mit wenigem Geld eine geeignete Litteratur verschaffen.

Neue Zahlstellen.

Poppenweiler (9. Gau). Vork.: Anton Wirsing, Lindenstraße 24. Kass.: Wilh. Weiß, Lindenstraße.
Pürrensdorf (2. Gau).

Adressen-Änderungen.

Deutmannsdorf. Vork.: John Braun, Löwenberg, Laubaner Straße 218.
Gerdeke. Kass.: Emil Geisler, Jungferreihe.
Stuttgart II. Vork.: Eberhard Freitag, Vogelangerstr. 19, IV

Allgemeine Bekanntmachungen.

Nürnberg. Ersuche die Vertrauensleute aller Zahlstellen, daß die Kollegen Wilhelm Janzwerth, geb. am 9. August 1882 in Stuttgart (Verb.-Nr. 41102), Wilhelm Trupp, geb. am 26. November 1888 in Schnelldorf bei Graltshausen (Verb.-Nr. 59016) und Johann Schnauß, geb. am 16. Juni 1890 in Nördlingen (Inval.-Karte Nr. 28311) keine neuen Bücher ausgestellt erhalten. Ihre Bücher sind hier in Unordnung. Auch ersuche die Vorstände um Zusendung der Adresse des Kollegen Johann Schnauß. Ferner möchte der Kollege Janzwerth seinen Verpflichtungen der Zahlstelle Nürnberg gegenüber sobald als möglich nachkommen.
Joh. Krauß, Kassierer, Nürnberg, Poppenreuther Str. 8, II.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 4. bis mit 9. November.

(Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Krankens- und Erwerbslojenmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inserate, X. = Extrafteure.)

Walzenburg, B. 4.40; Burgsteinfurt, B. 1.65; Unna, B. 1.20; Langen-Altheim, B. 30.66, E. 1.—, K. 0.10; Unsen, B. 76.—; Regensburg, B. 71.40, E. 2.—, K. 8.25, M. 0.90, X. 8.—; Nordendorf, B. 69.—; Raumburg, E. 3.50, K. 0.25; München, B. 85.10, K. 1.90; Lutter, B. 84.—, M. 0.40; Kirchberg, B. 420.—, K. 10.—, X. 67.—; Chemnitz, B. 299.—, M. 1.20; Bochum, B. 62.25, E. 1.—, X. 25.—; Göttingen, B. 230.—, X. 27.—; Gelsenkirchen, B. 3.68, E. 4.50; Heppenheim, B. 168.—, K. 10.—, M. 0.60, X. 5.—; Herbede, B. 138.—; Königberg, B. 184.—, K. 1.20; Niederlants, B. 84.—, K. 3.—; Oldenburg, B. 92.—, K. 10.—, X. 46.—; Pappenheim, B. 2.10, E. 3.50, K. 1.40; Schmalkalden, B. 10.50; Ströbel, B. 420.—, E. 6.—; Steinen, B. 23.—, E. 8.50, M. 4.—, X. 8.50; Treuchtlingen, B. 117.30, E. 4.50, K. 0.90, X. 48.50; Dürr-Arnsdorf, B. 6.75, E. 7.50; Delsnis, B. 4.95; Greifswald, B. 5.60; Gronau, B. 9.50; Auenmünd, B. 6.60; Brenzlau, B. 3.75; Waldhausen, B. 4.95; Quisburg (Kittl.), B. 2.75; Sonthofen, B. 4.40; Stahfurt, B. 6.15; Sprochhöfel, X. 52.—; Söbejun, B. 90.—; Kaiserslautern, B. 294.—, E. 2.—, M. 0.35, X. 38.50; Koblenz, B. 92.—, E. 7.50, X. 37.—; Berlin II, X. 647.25; Klingenberg, B. 22.86; Heideberg, B. 92.—, K. 20.—; Steinwieien, B. 4.60, E. 4.—, K. 1.90, X. 1.60; Wirsberg, B. 126.—; Oppenau, B. 2.30; Arnstadt, B. 6.65; Pittsburg (Amerika), Ab. 8.40; Birges, B. 16.56, K. 0.30, X. 9.—; Striegau, B. 1399.86; Ottenhöfen, B. 266.80, K. 1.70; Immelborn, B. 9.10; Althagen, B. 168.—; Augsburg, B. 92.—, E. 1.—, K. 6.—, M. 2.—, X. 40.—; Hasserode, B. 138.—, E. 35.—, K. 2.50.

Ludwig Geist, Kassierer.

Briefkasten.

Mühlhausen (Elsaß). Warum geht uns nach der günstig verlaufenen Lohnbewegung kein Bericht zu? — **B. St., Calzburg.** Vielen Dank für den Kartengrub. — **Odenwald.** An Extrafteure bitten bis jetzt schon 35 905.25 Mark ein. Besten Gruß. — **Crawinkel.** Der nächste Bericht wird sicherlich berücksichtigt. Sonst aber besten Gruß. — **Schwarzenau, Pittsburg.** Es freut uns, daß du an der Entwicklung des deutschen Verbandes so regen Anteil nimmst. Viele Grüße. — **Jena.** Ueber die Gerichtsverhandlung ist dann sofort für die Zeitung zu berichten. — **Striegau.** Daselbe. Besten Gruß. — **Türkheim.** Der Ausschluß muß erst beim Zentralvorstand beantragt werden. — **Weißer I.** An die Redaktion braucht man ja nicht mehr zu berichten. Hat denn bei euch niemand Zeit, sich am Sonntag hinzusetzen, um über die vergangene Woche einen kurzen Situationsbericht für das Verbandsorgan zu schreiben?

Mehrere Berichte, die erst kurz vor Redaktionsschluß eingingen, mußten zurückgestellt werden. Wann werden endlich unsere Kollegen die Mahnung beherzigen, daß die Berichterstattung eine fixere wird?

Anzeigen.

(Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitnehmenden, sich über die einschlägigen Berufsverhältnisse schriftlich zu erkundigen.)

Weissenstadt.

Sonnabend, den 16. November, abends 8 Uhr, bei Herrn Karl Weiß, Weissenstadt, öffentl. Steinarbeiterversammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag über: **Kapital und Arbeit.** Referent: Herr **Georg Raub, Hof.** — 2. Freie Diskussion. Es wird Massenbesuch erwartet. **Der Einberufer.**

Hoch- und Tiefbau-Technik

Stukkateur und Steinmetz erlernt man durch die Selbstunterrichtswerke System Karnack-Hachfeld. Glänzende Erfolge. Ansichtsendungen. Besondere Prospekte über jedes Fach und Anerkennungsschreiben gratis und franko.
Bonnes & Hachfeld, Potsdam. K. 2.

Albert Baumann
Werkzeugfabrik
Aue (Erzgeb.)
Preisliste
über alle
Steinmetz-Geschirre
versende **gratis!**
Lieferung sofort.

Spezialhaus für Berufskleidung

— Eigene Anfertigung —
Schürzen-Stoff, extra breites Hausmacherleinen.
Jackets, Hosen

Emil Keidel, Hamburg 6
= Bartelsstraße 101. =

Tüchtige Maschinen- und Handschleifer
finden dauernde Beschäftigung.
Granit- und Diabas-Werk Baumholder
Bahnhofsstation Heimbach (Rhe).

Tüchtiger Handschleifer
wird gesucht bei **Joseph Kugler, Steinmetzmeister**
Augsburg, Wertachstr. 21/3.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir kostenlos alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb 10 Tagen nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird.)

Dresden. Am 3. November starb im Alter von 32 Jahren unser Kollege **Friedrich Paul** an der Berufsfrankheit.
Ströbel. Am 8. November starb im Alter von 29 Jahren unser treuer Kollege **Fritz Weidinger** infolge eines Sturzes vom Rad.

Wunsfelburg. Am 6. November starb im Alter von 31 Jahren unser Kollege **Joachim Werner** an der Lungenschwindsucht.
Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: **E. Staudinger, Leipzig.**
Verlag von **Paul Starke in Leipzig.**
Stationsdruck der Leipziger Buchdruckerei **Altiengefellschaff.**

Die Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen im Jahre 1906.

III.

Aus dem statistischen Material der Generalkommission ist folgende Zusammenfassung der Arbeitszeitverkürzung und Lohn-erhöhung für einzelne Berufs- und Industriegruppen interessant. Es erreichten:

Berufsgruppen	Arbeitszeitverkürzung		
	Personen	zusammen Stunden pro Woche	durchschnittlich Stunden pro Woche
Baugewerbe	78 358	272 002	3 1/2
Metallindustrie, Maschin.- u. Schiffbau	81 666	317 252	3 1/2
Graphische Gewerbe u. Papierindustrie	9 112	10 250	1
Holzindustrie	39 957	109 601	2 3/4
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	17 498	68 096	4
Bekleidungs-, Leder- u. Textilindustrie	81 156	291 681	3 1/2
Handels- und Transportgewerbe	8 354	60 267	7 1/4
Sonstige Berufe	23 868	118 970	5

Berufsgruppen	Lohnerhöhung		
	Personen	zusammen Mark pro Woche	durchschnittlich Mark pro Woche
Baugewerbe	229 321	497 542	2.17
Metallindustrie, Maschin.- u. Schiffbau	122 945	222 848	1.81
Graphische Gewerbe u. Papierindustrie	11 652	8 848	0.71
Holzindustrie	54 298	94 863	1.75
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	49 114	81 828	1.67
Bekleidungs-, Leder- u. Textilindustrie	105 286	149 141	1.42
Handels- und Transportgewerbe	89 339	101 241	2.83
Sonstige Berufe	79 748	134 925	1.70

Danach sind im Handels- und Transportgewerbe die besten Erfolge erzielt worden. Es wurde für 8354 Personen eine Verkürzung der Arbeitszeit von durchschnittlich 7 1/2 Stunden herbeigeführt und für 39 389 Personen eine durchschnittliche wöchentliche Lohnerhöhung von 2.83 Mk. erreicht. Es kommen hierbei allerdings nur die Organisationen der Hafenarbeiter und der Transportarbeiter in Frage, und ist die Zahl derjenigen, denen diese Errungenschaften zugute kommen, im Verhältnis zur Zahl der in diesen Berufszweigen Beschäftigten gering. In Anbetracht der im Handels- und Transportgewerbe noch vielfach üblichen langen Arbeitszeit und schlechten Entlohnung ist das Erreichte als ein bedeutender Fortschritt zu bezeichnen.

Im Baugewerbe, das allgemein geregeltere Arbeitszeit und bessere Löhnerhältnisse aufzuweisen hat als das Transportgewerbe, sind die Erfolge des letzten Jahres außerordentlich gute. Für 78 358 Personen wurde eine Arbeitszeitverkürzung von durchschnittlich 3 1/2 Stunden pro Woche und eine Lohnerhöhung von wöchentlich durchschnittlich 2.17 Mk. für die respectable Zahl von 229 321 Arbeitern erzielt. Auch die übrigen Gewerbe- und Industriezweige weisen, wie die vorstehende Zusammenfassung erkennen läßt, mit Ausnahme der graphischen Gewerbe sehr gute Erfolge auf. Die größte Organisation der graphischen Berufe ist an diesen Erfolgen unbeteiligt. Der Verband der Buchdrucker hat 1906 durch den Abschluß des neuen Tarifs eine durchschnittliche Arbeitszeitverkürzung von 1/2 Stunde pro Woche und eine etwa 10 Proz. betragende Lohnaufbesserung erreicht, die jedoch erst für 1907 in Betracht kommen.

Auch in bezug auf Abschluß von Tarifverträgen steht im Jahre 1906 das Baugewerbe obenan. Im gesamten Baugewerbe wurden nahezu die Hälfte aller im letzten Jahre abgeschlossenen Tarifverträge vereinbart, und von den 317 487 Personen, für welche die gesamten Tarifvereinbarungen in Betracht kommen, gehören dem Baugewerbe allein 146 107 an, wie die folgende Zusammenfassung, die auch gleichzeitig den Nachweis über die auf dem Gebiete des korporativen Arbeitsvertrags ohne Arbeits-

Einstellung oder durch Streik und Aussperrung Erreichten enthält, zu ersehen ist.

Berufsgruppen	Abschluß korporativer Arbeitsverträge					
	ohne Arbeits-einstellung		mit Arbeits-einstellung		Insgesamt	
	in Fäll.	für Anteil.	in Fäll.	für Anteil.	in Fäll.	für Anteil.
Baugewerbe	695	91 125	424	59 982	1119	146 107
Metallindustrie, Maschin.- u. Schiffbau	182	49 857	62	9 577	244	59 184
Graphische Gewerbe u. Papierindustrie	30	4 636	4	4 573	34	9 209
Holzindustrie	174	17 020	152	8 910	326	25 930
Nahrungs- u. Genussmittelindustrie	249	23 944	27	1 395	276	25 339
Bekleidungs-, Leder- und Textilindustrie	93	20 425	21	8 485	114	28 910
Handels- und Transportgewerbe	157	17 102	85	2 986	192	20 088
Sonstige Berufe	52	7 283	3	237	55	7 520
Zusammen	1632	231 392	728	86 095	2360	317 487

Aus den vorstehenden Zahlen ist allerdings nicht zu erkennen, welche Vorteile die Tarifabschlüsse in sich bergen. Will man das Wirken der Gewerkschaften und die Bedeutung derselben für die Volkswirtschaft in vollem Umfange erfassen, so darf man die Tarifverträge nicht übergehen. Was an Arbeitszeitverkürzung, Lohnerhöhung und sonstigen Verbesserungen der Arbeitsbedingungen durch das Wirken der Gewerkschaften im Jahre 1906, also auch infolge der im Jahre 1906 abgeschlossenen korporativen Arbeitsverträge erreicht wurde, ist in den Zahlen der Statistik enthalten. Was jedoch an Verkürzung von Arbeitszeit, an Lohnerhöhung und sonstigen Vorteilen für die Arbeiter infolge früher abgeschlossener Tarifverträge im Jahre 1906 eingetreten ist, darüber liegen nur wenige Angaben vor, die aber mit aller Deutlichkeit beweisen, daß die Wirksamkeit der Gewerkschaften in dem statistisch nachgewiesenen keineswegs erschöpft ist.

Der Verband der Brauereiarbeiter hat im Jahre 1906 durch im Jahre 1905 abgeschlossene Tarife für 5708 Beteiligte zusammen 5600 Mk. Lohnerhöhung pro Woche erreicht. Der Holzarbeiterverband hat für 2512 Beteiligte eine Arbeitszeitverkürzung von 3027 Stunden pro Woche und für 2605 Beteiligte eine Lohnerhöhung von 2117 Mk. pro Woche durch 1905 abgeschlossene Tarife erreicht, und der Verband der Maler erzielte durch 1904 und 1905 abgeschlossene Tarife für 20 Beteiligte eine Arbeitszeitverkürzung von 60 Stunden pro Woche und Lohnerhöhung für 5010 Beteiligte zusammen 4223 Mk. pro Woche.

Diese nur von drei Organisationen vorliegenden Angaben ergeben insgesamt für 2532 Personen 3087 Stunden Arbeitszeitverkürzung pro Woche und für 13 323 Personen 12 000 Mk. Lohnerhöhung pro Woche. Daraus ergibt sich aber, daß der Einfluß gewerkschaftlicher Tätigkeit auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse weit größer ist, als wir statistisch nachzuweisen imstande sind.

Ueber die Art der Beilegung der Differenzen sind die Angaben einiger Organisationen ziemlich mangelhaft. So hat zum Beispiel der Verband der Buchdruckerhilfsarbeiter angegeben, daß in 113 Fällen die Differenzen mit den Unternehmern durch erfolgreiche Unterhandlungen beigelegt worden sind. Nähere Angaben über die Form der Unterhandlungen sind jedoch nur für sechs Fälle gemacht. Ähnliche, wenn auch nicht so große Differenzen in dieser Beziehung sind auch in den Angaben verschiedener anderer Organisationen enthalten. Von den insgesamt 4647 Lohnbewegungen wurden, soweit spezielle Angaben hierüber vorliegen, 8757 durch Vergleichsverhandlungen beigelegt. In 2835 Fällen wurde auf Antrag der Arbeiter in Unterhandlungen eingetreten und in 272 Fällen erfolgten die Unterhandlungen auf Antrag der Arbeitgeber. Für 650 Fälle sind diesbezügliche Angaben von den Organisationen nicht gemacht.

Bei den Bewegungen zur Verbesserung von Arbeitsbedin-

gungen wurden die Differenzen beigelegt durch Unterhandlungen der Parteien direkt in 1379 Fällen, durch Verhandlungen mit der Unternehmerorganisation in 265 Fällen, durch Verhandlungen vor dem Gewerbegericht in 55 Fällen, durch Vermittlung der Organisationsinstanzen in 1658 Fällen, durch Vermittlung anderer Personen oder Körperschaften in 28 Fällen. Von den durch Vergleichsverhandlungen beigelegten Abwehrebewegungen fanden ihre Beilegung 69 durch Verhandlungen zwischen den Parteien direkt, 2 durch Verhandlungen mit der Unternehmerorganisation, 2 durch Verhandlungen vor dem Gewerbegericht und 95 durch Vermittlung der Organisationsinstanzen. Bei den Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung ist also nur in 57 Fällen das Gewerbegericht als Einigungsamt angerufen worden.

Ueberblicken wir zum Schluß noch einmal die gesamten Errungenschaften der gewerkschaftlichen Zentralverbände des Jahres 1906. Es wurde erzielt eine Verkürzung der Arbeitszeit von durchschnittlich 3 1/2 Stunden pro Woche für 339 469 Arbeiter und Arbeiterinnen, sowie eine Lohnaufbesserung von 1.87 Mk. im Durchschnitt pro Woche für 691 703 Personen. Dazu kommen noch die verschiedenen Verbesserungen der Fabrik-, Bau- oder Werkstattordnungen, die Vereinfachung der Akkordarbeit, die Lohnzuschläge bei Nacht-, Sonntags- und Ueberstundenarbeit usw., sowie das, was durch Tarifabschlüsse früherer Jahre 1906 in Kraft getreten ist.

Wenn diese Erfolge zum Teil auch mit sehr großen Opfern erkauft werden mußten, so dürfen wir doch mit dem Gesamtergebnat wohl zufrieden sein.

Welche andre Art gewerkschaftlicher Organisationen hat auch nur ähnliche Erfolge aufzuweisen? Keine Statistik gibt Auskunft über Errungenschaften der christlichen Gewerkschaften oder der Hirsch-Dunderschen oder der Lokalfisten. Und wären solche Nachweise vorhanden, sie würden gar zu ärmlich aussehen, um mit den unsrigen in Vergleich gestellt zu werden.

Was aber ist es, das den Zentralverbänden diese Erfolge verschafft und sichert? Das ist neben der großen Opferwilligkeit und Disziplin der in den Zentralverbänden Organisierten der Geist des Klassenkampfes, der diese Organisationen durchweht. Der Geist, der nach dem Urteil der Lokalfisten unsern Organisationen ermangelt, der andererseits uns jedoch von den Christlichen und Hirsch-Dunderschen zum Vorwurf gemacht wird. Die große Opferwilligkeit, die stete Kampfbereitschaft und ausdauernde Disziplin, die zur Erringung solcher materiellen Vorteile erforderlich sind, sind nur da vorhanden, wo die große Masse der Mitglieder von idealer Klassenbewußtheit und Begeisterung erfüllt ist. Das Klassenbewußtsein ist es, was die Mitglieder der Zentralverbände nicht um Almosen betteln läßt, sondern ihnen den Rücken steift und sie fähig macht, um ihre Rechte zu kämpfen und das Erreichte zu verteidigen. Nicht um kleiner Augenblicke-erfolge willen, die uns leicht wieder entrispen werden können, sondern um Erfolge von dauerndem Werte zu erringen, setzen wir unsere ganze Kraft ein. Deshalb muß auch der Kampf um dauernde Erfolge, als welche wir in erster Linie die Schritt um Schritt fortschreitende Verkürzung der Arbeitszeit betrachten, ein einheitlicher und zielbewußter sein. Einen solchen Kampf führen die zentralisierten Gewerkschaften, ihre Taktik hat sich bewährt, auf dem eingeschlagenen Wege werden sie weiter marschieren und weiter kämpfen. S. Brunner.

Wirtschaftliche Rundschau.

Die Bank und Geldkrise in Amerika — die Schutzmaßnahmen der deutschen Reichsbank und der Bank von England.

Wir erwähnten das letztmal den Zusammenbruch der Heingegruppe in Amerika, die sich an Kupferpreistreibern verblutete und in ihren Sturz eine Reihe größerer und kleinerer Firmen, besonders die New Yorker Merantile National Bank, mit verwickelte. Wir schlossen damit, daß man durch das Eingreifen des Clearinghauskomitees* und des Bundeskongresses einer allgemeinen Panik vorzubeugen suchte.

Wie bei einem Erdbeben nach den einleitenden Erschütterungen oft eine trügerische Ruhepause eintritt, der alsdann die

* Clearinghaus = Abrechnungsstelle, Kompensationsbureau für die Ausgleichung der gegenseitigen Forderungen der Banken untereinander.

Vaterlandsliebe.

(Aus einem Artikel in der Zeitschrift März von Ludw. Thoma.)

In der Schule wurde sie uns gezeigt, als Tugend des Leonidas, der kämpfend fiel; als Eigenschaft römischer Feldherren und ihrer Gegner; als Merkmal des einäugigen Siegers von Cannae.

Und jener Gymnasiallehrer, mit dem blonden Barte stimmte seinen Paß um etwas tiefer, als er vom Obersterfürsten Hermann sprach.

Dem obersten Vertreter deutscher Vaterlandsliebe. So wurde sie uns vorgeführt, als eine Sache, die zusammenhängt mit dem Getümmel der Schlachten, mit Fürsten und Heerführern.

Der Knabe hörte es willig und sog Bewunderung mit vollen Zügen ein. Stolperte auch an der Hand des Lehrers über allerlei seltsame Widersprüche und konnte nicht sehen, wie oft allein die Herren Landesväter bei dieser Art von Vaterlandsliebe ihr Gedächtnis fanden.

Und mußte uns Lillh als vaterländischer Geld gelten, so haben sie vielleicht in Hessen die Namen jener Generale auswendig gelernt, die mit den verkauften Bauernbuben gegen Washington manövierten.

Seit 1870 pfeift der Wind aus einem andern Loch, und wenn es der hochwürdige Schulinspektor nicht verbietet, darf die Glorie des Hohenzollernhauses einen schwachen Schein auch über die Donau werfen.

Das Verzeichnis der großen Patrioten enthält jetzt bedeutend mehr Namen als vor 50 Jahren.

Aber auch ihre Taten sind Schlachten und wiederum Schlachten. Die Jugend erfährt nichts vom Geldentum der Arbeit, von ihrem Segen, ihrem Verdienste um das Vaterland.

Sie weiß nicht, daß jene am stärksten lieben, die für die Heimat arbeiten und darben.

„Ohne Vaterlandsgeschichte keine Vaterlandsliebe.“ Darum lernt der halbwürdige Junge, wann Theodor den Oboater, wann Heinrich den Otto schlug.

Er kennt fremd klingende Namen von Städten in Frankreich, Italien, Spanien, weil vor ihren Mauern Blut geflossen ist. Aber er weiß nicht, wer den Boden urbar gemacht hat, auf dem sein väterliches Haus steht. Niemand zeigt ihm uralte Ordnung in Feldern und Gärten, niemand den kunstfreundigen Sinn der Väter, der selbst im bescheidenen Feldkreuze erkennbar ist.

Der begabte Schüler steht ehrfürchtig vor dem Hause, aus dem ein kühner Gustav Adolf zu schauen geruhte; die Schauer

vaterländischer Geschichte umwehen ihn beim Anblicke der Schandentafel, die über dem Stadttore eingemauert ist.

Am Kreuzwege erhebt sich ein Denkstein. Hier hat ein Königssohn Abschied genommen von seiner Frau Mama.

Oder dort fiel der letzte Sprosse eines alten Geschlechts nach einer längeren Kauferei.

Die Geschichte unsres Vaterlandes.

Aber redet sie nicht ehrwürdiger zu uns aus den wettergebräunten Balken des Bauernhauses, an dem der Junge achtlos vorüberstreifet?

Sein hochgeiebeltes Dach schützt ein Geschlecht, das seit Urzeiten den Acker furchte und uns den Boden fruchtbringend erhielt.

Währendes unsre Herren über die Blachfelder Europas sprengten, Reiche zerhörten und Reiche gründeten, von denen nur mehr der Name erhalten ist, fand hier deutsche Art ihre sichere Stätte. In den niederen Stuben erhielt sich die Sprache der Väter, erhielt sich lebendig so manches köstliche Besitztum unsres Volkes.

Auch dann, als fremde Mundart wie fremde Gesinnung in die Paläste der Fürsten einzog, die uns heute als Repräsentanten der Vaterlandsliebe gelten wollen.

Was wäre die Heimat ohne die zähe Liebe der Armen? Wir müssen heute Millionen von ihnen ausscheiden aus der Gemeinschaft der Deutschen.

Als vaterlandlos und international.

Den großen Herren war es wohl verstatet, ihre selbstfüchtigen oder ehrgeizigen Ideen in das Ausland zu tragen und sie dort unter Preisgabe deutscher Wohlfahrt zu verfolgen; die Repräsentanten der Vaterlandsliebe mochten die Fremden ins Land holen, um sich Vorteile zu erringen.

Sie werden trotzdem Gegenstände unsrer angestammten Liebe bleiben.

Der Arbeiter ist vaterlandlos, wenn er menschenfreundliche Gedanken über die Grenzen trägt.

Wohl rührt er unablässig die Hände für die Heimat, aber Taten beweisen nichts, wo Thrasen herrschen.

Wir haben die Vaterlandsliebe kennen lernen, als ein Gefühl, das nur beim Schmettern der Trompeten mächtig wirkt. Tragen wir nicht fort und fort unsrer Jugend ein, daß Vaterlandsliebe begrifflich zusammenhängt mit blutigen Schlachten, mit Fürsten und Heerführern?

„Es ist nicht wahr, daß der Internationalismus Antinationalismus ist. Es ist nicht wahr, daß wir kein Vaterland haben. Die Liebe zur Menschheit kann uns in keinem Augenblicke daran hindern, gute Deutsche zu sein.“ (Wollmar.)

Die Wahrheit ist nicht kurzerhand abzuweisen, daß keine soziale oder politische Ueberzeugung die Vaterlandsliebe ausschließt.

Wer das Bestehende ändern will, um Besseres zu erringen, sucht der Heimat zu nützen.

Vaterlandslös ist nur der Egoismus.

Darf diese Eigenschaft dem Arbeiter nachgesagt werden, der sich Entbehrungen auferlegt und Opfer bringt, um den Nachkommen ein schöneres Los zu erringen?

Handelt er damit nicht als wahrer Patriot?

Vaterlandslös.

Wie sollte es der Arbeiter sein?

Er haftet an der Scholle, hängt mit allen Fasern an der kleinen kindergefüllten Hütte.

Seine Wünsche gehen nicht über den engen Raum hinaus, dem seine Arbeit gehört.

Weil seine Religion der Glaube an eine Zukunft ist, in der sich die Menschen nicht mehr wie Tiere zerfleischen, heißt man ihn vaterlandslös.

Wie heimatliebend sind doch die Großen dieser Erde!

Wie wurzeln sie tief in unserm Boden.

Jrgendein Balkanstaat bedarf eines Fürsten.

Das prinzengelegnete Deutschland liefert ihm den Souverän, und vom ersten Tage an fühlt sich der Glückliche voll und ganz verwahten mit den Interessen des neuen Landes, und nichts wird ihn abhalten, wider die alte Heimat Bündnisse zu schließen.

Aber er wird auch dort von „Vaterlandsliebe“ in hohen Tönen sprechen.

Wie sind sie deutsch geblieben, der Prinzgemahl von England, der König der Belgier und manche andre!

Tief hinten in Rußland liegen ein paar schwedische Dörfer!

Wenn einer dorthin kommt, kann er es so deutlich haben wie daheim um Blaubeuren herum. Durch Jahrhunderte erhielten die armen Häusler Sitten und Gebräuche und Sprache der Heimat.

Vielleicht errötet vor ihnen die stolze Prinzessin, die am ersten Tage die deutsche Haut abstreifte.

Ich will nicht den Finger an die Nase legen und fragen, was Vaterlandsliebe ist.

Früher einmal, da hätte ich schnell die Antwort gehabt. Fehrbellin und Leuthen und Sedan.

Und noch ein paar Namen dazu.

Aber heute will mir das nicht mehr langem.

Es wird mir deutscher ums Herz, wenn ich einen schlichten Arbeiter sehe, oder einen Bauern, dem die Hand am Kfluge hat geworden ist, als wenn mir der schönste General begegnet.

eigentliche verheerende Katastrophe erst folgt, so war es auch hier. Das die erwähnte Bank über Wasser gehalten wurde, dämpfte die ursprüngliche Erregung ziemlich rasch; der Montag, der 21. Oktober, zeigte Wallstreet, die New Yorker Börse, schon wieder bei leidlicher Laune. Jedoch bereits der Dienstag brachte einen jähen Umschlag zum Schlimmsten. Ueber die Praterhöfener Treuhändergesellschaft, die ursprünglich nur eine Vermögensverwaltungsstelle mit solidem Geschäftskreis gewesen war, die dann aber, mehr und mehr ausgestattet mit Depositionsgeldern aller Art, die waghalsigsten Spekulationen und Finanzbeteiligungen, ganz nach amerikanischer Art, nicht verschmäht hatte, waren plötzlich bedenkliche Gerüchte in Umlauf, wesentlich in Zusammenhang mit der Tatsache, daß die Geinzes und ihre Verbündeten (Charles W. Morse, Orlando F. Thomas und Edward R. Thomas) seit langem einen bestimmenden Einfluß auf die genannte Truſtkompanie und ihre Beteiligungspolitik ausgeübt hatten. Ein Sturm auf das Hauptbureau und einige Zweiganstalten setzte am Vormittag ein. Kurz nach Mittag waren die Barmittel des Unternehmens vollkommen erschöpft. Als die aufgeregten Massen von Männern und Frauen nicht von der Stelle wichen, mußte die Polizei die Geschäftsräume und die Straße besetzen. Am nächsten und übernächsten Tage spielte sich ein ähnlicher Ansturm vor andern Treuhänderunternehmungen ab, die gleichfalls fast alle im Laufe der Zeit zu Depositen- (Einlage-) Banken mit sehr riskanter Geldanlage geworden sind. In erster Linie stand nummehr die Truſt Co. of America. Hier gelang es jedoch zunächst, die Zahlungsfähigkeit aufrecht zu erhalten, obwohl am 23. Oktober wohl an tausend Einleger den Betrieb unmoegten, während nach der Kabelmeldung am nächsten Tage „die Reihe der abhebenden Depositentgläubiger zwei Häufergewaltige lang“ war. Der Schatzsekretär machte, wie so oft schon in ähnlicher Bedrängnis, größere Mengen von Staatskassengeldern für den Markt flüssig. Der Finanzkönig Morgan kaufte Massen entwerteter Effekten auf, was ihm sicherlich ein noch goldene Gewinne einbringen wird, was aber zugleich die verzweifelte Lage der Börse und der Banken durch den Bargeldzufluß erleichterte. Denn am 23. Oktober bot man Gesätze bis zu 90 Prozent; die Bank von Montreal durfte sich rühmen, 200 000 Dollar zu 125 Prozent untergebracht zu haben; aber zugleich mußten 50 Makler eine Erklärung erlassen, daß es ihnen unmöglich gewesen sei, zu welchem Satz auch immer Geld geborgt zu erhalten. Trotz aller dieser Bewährungsversuche des Schatzamts, Morgans und der in aller Eile gebildeten Sanierungskomitees segnete eine Reihe kleiner Banken das Zeitliche oder sie stellten doch, was jenseits des Ozeans zulässig ist, auf bestimmte Zeit ihre Zahlungen ein — so die Hamiltonbank und die Empire City Savings-Bank in New York; zuletzt kündigten alle Sparbanken New Yorks dem Publikum an, daß sie Geldeinlagen nur nach Ablauf einer Kündigungsfrist von 60 Tagen zurückverlangen dürften. Von New York sprang, ehe eine Woche verging, diese Bankkrise auf Pittsburg und San Francisco über. Auch industrielle Unternehmen wurden insolvent, so die mit 25 Millionen Dollar ausgestattete Südbliche Stahlgesellschaft in Birmingham, die Eisen-City Truſt Company in Pittsburg. Was jedoch allem die Krone aufsetzte: die vielgerühmten Westinghouse Elektrizitätswerke neben der Westinghouse Maschinenfabrik in Pittsburg beantragten die Bestellung eines Receivers (eines behördlich bestellten Einnahmeverwalters, Liquidators), weil für sie vorläufig die nötigen flüssigen Mittel unmöglich aufzutreiben waren.

Die europäischen Zentralbanken, die samt und sonders schon durch ihre eigene Wirtschaftsumgebung übermäßig stark angepannt sind und die vor dem Jahresabschluss regelmäßig mit noch stärkerer Finanzdrucknahme zu rechnen haben, begannen angesichts dieser Entwicklung für ihre Goldschätze zu fürchten und zu Abwehrmaßnahmen gegen den amerikanischen Goldbegehrt zu greifen. In Deutschland wurde der Zentralbankpräsident der Reichsbank Hals über Kopf auf Montag, den 28. Oktober, einberufen; man erhöhte sofort den Diskont um ein volles Prozent (von 5½ auf 6½ Prozent), so daß seit dem Anfang des Jahres 1906, das mit einem Zinssatz von 6 Prozent begann, folgende Veränderungen eingetreten sind:

18. Januar 1906	5 Prozent	18. Dezember 1906	7 Prozent
23. Januar	4½	22. Januar 1907	6
18. Septbr.	5	23. April	5½
10. Oktober	6	29. Oktober	6½

„Ob die Bank mit dem Diskont von 6½ Prozent in diesem Jahre auskommen wird, muß einstweilen fraglich erscheinen“, fügte bezeichnenderweise die Preßmitteilung gleich warnend hinzu.

Mittwoch, den 30. Oktober, ging die Bank von England in derselben Weise vor. Nach dem Ausweis vom 31. Oktober war das Prozenverhältnis der Reserve zu den Passiven von 47¼ in der Vorwoche auf 39¼ in der Schlusswoche gesunken. Starke Goldabflüsse waren schon eingetreten und weitere Abflüsse standen bevor. Inmitten dieser Vorgänge begnügte sich auch England nicht mit einer Diskonterhöhung um ein halbes Prozent; es ging von 4½ Prozent, die seit dem 15. August galten, gleich zu 5½ Prozent über, und vielleicht ist auch damit das letzte Wort für dieses Jahr noch nicht gesprochen; vielfach wurde schon jetzt eine Steigerung um volle 1½ Prozent erwartet.

Berlin, 7. November 1907. Max Schippel.

Justiz, Streikende und Streikbrecher.

Wenn ein Arbeitswilliger beleidigt wird, dann liegt meist für die Staatsanwaltschaft ein öffentliches Interesse zum Eingreifen vor. Das mußte der Arbeiter Kowalzek erfahren, der den in Köhlerischen Granitwerk in Meissen als Hausmeister tätigen Steinbrecher Wolf aus Jscheila einen L — genannt und vor ihm ausgespuckt haben sollte. Doch die Sache nahm einen anderen Ausgang, als die Ankläger dachten. In der Verhandlung, die am Sonnabend vor dem Meißner Schöffengericht stattfand, wurde der Vorgang wie folgt festgestellt: Wolf hatte früher bei dem Streik im Kabelwerk, an dem R. beteiligt war, die Streikenden wiederholt zum Aushalten aufgefordert. Als nun R. erfuhr, daß W. bei Köhler den Arbeitswilligen machte, suchte er den letzteren auf, um sich darüber zu erkundigen. Auf eine höfliche Ansprache hin sagte W. dem R. ein Schimpfwort, das hier nicht wiederzugeben ist. Darauf erfolgten die obigen Beleidigungen. Das Urteil lautete auf Freisprechung, die Kosten fallen der Staatskasse zur Last. In der Begründung des Urteils wird gesagt, daß die von R. geäußerten Beleidigungen nur eine Erwiderung auf die von Wolf zuerst gemachten beleidigenden Neußerungen darstelle. Unbegreiflich ist, wie die Staatsanwaltschaft in solchen Dingen die Klage im öffentlichen Interesse erheben kann! Wann für die Staatsanwaltschaft kein Anlaß zum Eingreifen vorliegt, zeigt uns im Gegensatz zu obigem folgender Fall:

Um einmal zu erfahren, ob Köhlerische Streikbrecheragenten ungehindert zu Gewalttätigkeiten auffordern dürfen, hatten einige sich bedroht fühlende Arbeiter Strafantrag gegen einen solchen mutigen Helden gestellt. Nun betrachte man sich die Antwort, die ihnen die Staatsanwaltschaft zuteil werden ließ:

Auf die Anzeige des Maschinenisten Ernst Emil Wette in Jscheila und drei Genossen gegen den Reisenden Karl Höfel in Meissen strafrechtlich einzuschreiten, wird abgelehnt. Der

Beschuldigte soll zwei in seiner Gesellschaft befindlichen arbeitenden Steinarbeitern zugerufen haben: „Sobald Sie von den Streikenden — d. h. Ausständigen der Firma Oswald Köhler in Meissen, zu denen die Anzeiger gehörten — angehalten werden sollten, schlagen Sie nur sofort dazwischen.“ Das hierin von den Anzeigern an erster Stelle erblidete Vergehen nach § 130 des Strafgesetzbuches liegt nicht vor, weil, abgesehen von andern Bedenken, das gesetzliche Tatbestandsmerkmal der Aufreizung verschiedener Klassen der Bevölkerung nicht gegeben ist, denn als eine Bevölkerungsklasse sind weder die zwei oben erwähnten Steinarbeiter, noch die Arbeiter der genannten Firma, insoweit sie streiken, zu erachten. Wenn es in der Anzeige weiter heißt: „Zum mindesten aber hat sich Höfel gegen die Strafgesetzbuchbestimmungen dadurch vergangen, daß er versucht hat, andre zu einer strafbaren Handlung zu bestimmen,“ so könnte nach dem Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich hierfür nur § 111 in Frage gezogen werden, aber seine Anwendung scheitert schon an dem Umstand, daß nicht öffentlich vor einer Menschenmenge zur Begehung einer strafbaren Handlung aufgefordert worden ist. Endlich schlägt auch der von den Anzeigern noch angezogene § 153 der Reichsgewerbeordnung nicht ein, denn der Beschuldigte hat weder durch die dort angegebenen Mittel andre bestimmt oder zu bestimmen versucht, an Verabredungen der in § 12 erwähnten Art teilzunehmen, noch sie gehindert oder zu hindern versucht, von solchen Verabredungen zurückzutreten.

Königl. Staatsanwaltschaft Dresden.

Wie oft sind in Sachsen Streikende harmloser Neußerungen wegen zu schweren Strafen verurteilt worden, weil die Justiz darin eine Bedrohung erblidete. In dem vorliegenden Falle nun liegt eine Aufforderung zu Gewalttätigkeiten vor, also zu einem Vergehen, aber die Staatsanwaltschaft findet keinen Paragraphen im Strafgesetzbuch, der ein strafrechtliches Einschreiten dagegen ermöglichte. Ja, organisierte Arbeiter haben sonderbares Beck bei der modernen Justiz.

Es lebe die Gerechtigkeit!

100 000 Arbeiter — 64½ Millionen Mark Reingewinn.

Die Geschäftsergebnisse industrieller Gesellschaften geben — wie der Vorwärts in einem Artikel darlegt, dem das Nachstehende entnommen ist — Kunde von der Segensfülle der guten Konjunktur für die Dividendenempfangler. Schon das Vorjahr ließ einen mächtigen Goldstrom in ihre Taschen fließen. Wurden doch im Jahre 1905 nach den Zusammenstellungen des Preussischen Statistischen Amtes von 2106 Aktiengesellschaften mit 6786¼ Millionen Mark Aktienkapital nicht weniger als 821 460 000 Mark Reingewinn erzielt.

Für das Jahr 1906 und 1906/07 haben die Papierinhaber noch viel reichere Ernte geerntet; märchenhafte Gewinne wurden aus der produktiven Arbeit herausgeholt. Daß die Dividendenjäger eine wirklich sehr gute Konjunktur hatten, daß sie Reichtum erwerben, die andre erarbeitet haben, für die Tausende andre Gesundheit, Blut und Leben opfernden, die bei Neberzeitarbeit auf Lebensgenuß und Familienleben verzichteten, dafür zeugen folgende Angaben aus den Geschäftsberichten einiger großindustrieller Unternehmen. Danach betrug bei der

Gesellschaft	im Geschäftsjahr	das Aktienkapital	die Zahl der Arbeiter	der Reingewinn		
				überhaupt	Proz. des Akt.-Kap.	pro Arbeiter
Schalker Gruben	1906	10 200 000	7 091	4 373 642	43	617
Nachener Hütten	1906	11 500 000	7 045	3 675 859	32	521
Rudolfstern	1906	20 000 000	9 856	5 771 957	18½	585
Rombacher Hütte	1906/07	33 000 000	6 717	4 821 575	14½	717
Eßener Bergw.	1906	8 500 000	3 086	2 129 285	25	701
Rh. Stahlwerke.	1906/07	30 000 000	9 385	4 777 417	16	512
Klueck's Friede	1906/07	20 500 000	4 205	6 270 121	30½	1468
Hoesch A.-G.	1906/07	15 000 000	8 252	4 480 690	30	543
Hörder Verein	1905/06	27 028 000	7 961	5 060 437	18½	636
Konzolidation	1906	16 000 000	5 628	5 157 272	32	916
Phönix	1906/07	100 000 000	30 944	17 908 039	18	578

Insgesamt 291 728 000 | 100 070 Arbeiter 64 420 794 Mark Reingewinn für die Aktionäre erarbeitet, jeder Arbeiter im Durchschnitt 644 Mark — in einem einzigen Jahre!

Allerdings werden die gesamten Summen nicht sofort — an Dividenden, Lantien und Gratifikationen — verteilt. Die Unternehmer legen von dem überreichen Segen etwas für schlechtere Zeiten zurück, viele Millionen verschwinden als Reservefonds. Das sind die Sparbüchsen der Dividenden-schlucker. Wenn der Schrecken der Krise über die Arbeiter hereinbricht, dann können die Papierinhaber aus diesen Fonds ziehen. Tausende von denen jedoch, die solche Reichtümer erarbeiten helfen, irren dann hungernd, frierend, an allem Mangel leidend, auf der Landstraße umher. Die Werteschafter fliegen hinaus, sie werden entlassen, wenn die Arbeit nachläßt; der Spartopf ist nur für die Papierbesitzer.

So jagen die Unternehmer für sich. Sie können in aller Ruhe der Krise entgegensehen, sie haben gut geerntet und ihre Sparbüchsen sind gefüllt.

Ganz anders gestalten sich die Verhältnisse für die Arbeiterschaft. Sobald die lebhafteste Nachfrage am Arbeitsmarkt abflaut, geht es mit dem Einkommen auch sofort kräftig bergab. Und nicht nur die Jahreslöhne gehen zurück, auch der Schichtenverdienst wird gekürzt.

Die Wohnungsmieten sind tüchtig gesteigert worden, die Lebensmittelpreise haben einen beängstigend hohen Grad erreicht, Fleisch, Brot, Butter, Milch, alles ist enorm verteuert worden, und in einzelnen Artikeln hält die Preissteigerung immer noch an. Das für die Ernährung unentbehrliche Getreide wird aller Voraussicht nach im nächsten Winter mit Hungersnotpreisen bezahlet werden müssen. Die Brennmaterialien sind so teuer geworden, daß für manchen Proletarier das Einheizen zum unerschwinglichen Luxus geworden sein dürfte. Dafür wählen die Grubenkönige im Golde, sie heimfen unermessliche Reichtümer ein!

Als Beigabe zu der drückenden Verteuerung der Lebenshaltung droht den Proletariern nun auch noch ein scharfes, schneidendes Anziehen der Steuerschraube. Der letzte Pfennig muß versteuert werden.

Und dazu, als mächtigster Schlag für die Arbeiter, steht ein Nachlassen der Arbeitsgelegenheit in sicherer Aussicht. Ueberall droht das gefährlichste, schreckliche, Verarmung und Verelendung ankündigende Gespenst der Arbeitslosigkeit und der Einkommensverminderung.

Das deutsche Volk hat es bei der letzten Wahl verabsäumt, der Regierung und den herrschenden Parteien für ihre Brot- und Fleischwucherpolitik, für die gesamte Wirtschaftspolitik, die trotz der guten Konjunktur bei den Arbeitern Schmalhans Küchenmeister sein ließ, und für die Attentate auf die Volksrechte, die einzig gebührende und notwendige Antwort zu geben. Das hat den Hebermut der Scharfmacher erklärlich gemacht. Bei ihren letzten Tagungen haben sie es unverschämlich ausgesprochen: sie wollen keine Fortführung der Sozial-

politik, sie wollen keine Verkürzung der elf- und zwölfstündigen Arbeitszeiten, sie wollen keine Fürsorge für Arbeitslose, sie wollen keinen Fortschritt, sie beschließen Rückschritt! Was heute an sozialpolitischen Einrichtungen vorhanden ist, soll zumungunsten der Arbeiter verschlechtert werden.

Wer diese Zeichen der Zeit nicht versteht, muß mit Blindheit geschlagen sein.

Arbeiter, Genossen, beugt vor!

Hirsch-Dunckersche Pablerei.

Die Holzarbeiterzeitung hängt die Renommistereien der Hirsch etwas tiefer, indem sie sehr zutreffend nachstehendes schreibt: Der Gewerbeverein, das Zentralorgan der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften, bringt in seiner Nr. 84 eine Zusammenstellung über die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben in diesen Organisationen und stellt die gewonnenen Resultate in Parallele zu den entsprechenden Zahlen der freien und der christlichen Gewerkschaften. Diese Zahlengruppierungen haben den Zweck, den Gewerbevereinen ein schätzbares Agitationsmaterial zu liefern, und diesem Zweck entsprechend sind sie auch frisiert.

Um mit dem großen Vermögen prahlen zu können, wird zu dem Vermögen des Gewerbevereins auch das der Kranken- und der Sterbekasse hinzugezählt; auf diese Weise kommt man für das Jahr 1906 zu einer Summe von 30.60 Mk. auf den Kopf jedes Gewerbevereinsmitglieds. Um den unaussprechlichen Einwendungen gegen diese Gruppierung der Zahlen zu begegnen, sagt der Bearbeiter der Statistik: „Es läßt sich von keinem Gesichtspunkt aus etwas dagegen einwenden, daß für die Gewerbevereine die Vermögen der Kranken- und Sterbekasse mitgerechnet worden, schon weil doch ein Teil der Konkurrenzverbände Kranken- und Sterbekasse aus den Verbandskassen zahlen.“ Diese Beweisführung ist ja sehr einfach, aber durchaus nicht stichhaltig. Die Kranken- und Sterbekassen der Gewerbevereine haben mit den Gewerbevereinskassen nichts gemein, sie werden gesondert verwaltet und über sie wird gesondert abgerechnet. Von dem Vermögen dieser Kassen darf kein Pfennig für gewerkschaftliche Zwecke verwendet werden. Dementsprechend kann sich auch kein Gewerbeverein bei der Durchführung von gewerkschaftlichen Aufgaben auf das Vermögen der Kranken- und Sterbekassen stützen. Bei den freien Gewerkschaften liegt das Verhältnis bekanntlich durchaus anders. Und wenn man Vergleiche im Sinne des Gewerbevereins anstellen will, müßte man dem Vermögen der Zentralverbände auch das der Zentralkrankenkassen hinzuzählen, was natürlich keinem vernünftigen Menschen einfallt, da das Vermögen der Kranken- und Sterbekassen auf die gewerkschaftliche Leistungsfähigkeit einer Organisation nicht den geringsten Einfluß hat. Die betreffenden Vergleichszahlen müssen demnach folgendermaßen aussehen:

Jahr	Zentralverbände		Gewerbevereine (Hirsch-Duncker)		Christliche Gewerkschaften	
	vereinnahmten pro Kopf	hatten pro Kopf ein Vermögen von	vereinnahmten pro Kopf	hatten pro Kopf ein Vermögen von	vereinnahmten pro Kopf	hatten pro Kopf ein Vermögen von
	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
1901	14.06	12.09	7.46	13.51	?	?
1902	15.13	13.98	7.79	12.58	5.64	4.23
1903	18.49	14.61	8.43	11.81	7.09	4.98
1904	19.19	15.30	9.56	12.50	8.31	6.42
1905	20.68	14.60	11.41	11.90	18.—	6.64
1906	24.62	14.98	11.87	11.12	13.67	9.59

Mit dieser Entwicklung ihrer Klassenverhältnisse können also die Gewerbevereiner insbesondere gegenüber den Zentralverbänden keinen Staat machen. Um aber doch die Ueberlegenheit der Gewerbevereiner zu beweisen, zitiert der Gewerbevereiner einige Zahlen aus dem Korrespondenzblatt der Generalkommission hinsichtlich der Unterstützungsleistungen. Dabei ist er aber so schlau, die Vergleichszahlen für die Zentralverbände fortzulassen, da ihnen gegenüber sich die Leistungen der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften ausnehmen. Wir wollen also auch hier die Tabelle des Gewerbevereins durch Vervollständigung richtigstellen. Im Jahre 1906 verausgabten pro Kopf für:

	Zentralverbände	Gewerbevereine (Hirsch-Duncker)	Christliche Gewerkschaften
	Mk.	Mk.	Mk.
Rechtschutz und Unterstützungen	2.88	1.88	0.44
Streiks u. Aussperrungen	8.61	3.73	3.45
Arbeitslosenunterstützung	2.33	1.17	0.25

An einer Stelle des Kommentars zu den produzierten Zahlen spricht der Gewerbevereiner davon, daß die Hirsch-Dunckerschen geböhnt seien, „sparsamer“ zu wirtschaften, als zum Beispiel die „sozialdemokratischen Verbände“. Wie die vorstehende Uebersicht zeigt, sind sie besonders in bezug auf die Leistungen gegenüber den Mitgliedern sehr sparsam; und dieser „Sparsamkeit“ haben es auch die Gewerbevereiner neben andern Gründen zu danken, daß der Zugang von Arbeitern, welche an dem Hirsch-Dunckerschen Gewerbeverein Gefallen finden, immer spärlicher wird. Das steigende Mißtrauen der Arbeiter gegenüber den Hirsch-Dunckerschen Gewerbevereinen kommt in der nachstehenden vergleichenden Uebersicht über die Mitgliederentwicklung deutlich zum Ausdruck.

Jahr	Mitgliederzahl der			Mitgliederzunahme in Prozent		
	Zentralverbände	Gewerbevereine (Hirsch-Duncker)	Christl. Gewerkschaften	Zentralverbände	Gewerbevereine (Hirsch-Duncker)	Christl. Gewerkschaften
1901	677 510	96 765	160 772	—	5,6	0,6
1902	733 206	102 851	179 799	8,2	6,3	11,8
1903	887 698	110 215	192 607	21	7,2	7,1
1904	1 052 108	111 889	207 484	18,5	1,5	7,7
1905	1 344 803	117 097	265 032	27,8	4,7	27,7
1906	1 689 709	118 508	320 248	25,6	1,2	20,8

Die Hirsch-Dunckerschen würden klüger handeln, wenn sie es unterließen, Vergleichen mit andern Gewerkschaftsrichtungen anzustellen, denn derartige Vergleiche schlagen immer zu ihrem Nachteil aus.

Literarisches.

Von der Neuen Zeit (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 6. Heft des 26. Jahrgangs erschienen: Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Das große Reimemachen. — Die Psychologie der Neoromantik als soziale Erscheinung. Von Dr. J. Arelrod. — Der siebente skandinavische Arbeiterkongress. Von Wilhelm Janssen. — Zur Regelung der gewerbe- und arbeitsrechtlichen Verhältnisse im Gämmereigewerbe. Von Otto Albrecht (Berlin). — Ueber gewerkschaftliche Agitation. Von August Winnig (Hamburg). — Die Grundbesitzer Rußlands. Von J. K. — Literarisches Rundschau: Johannes V. Jensen, Die Welt ist tief. . . Von C. Korn. Vom Martie der Seelen. Entdeckungsfahrten einer sozialen Frau (Olivia Chr. Walberg) im Lande Armut. Aus dem Englischen von Martha Sommer. Von M. H. — Notizen: Von der Rhetorik-Besitzlichen Hütten- und Walzwertsberufsgenossenschaft. Von E. G.